

# Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Bertrag Dr. Friedrich Damer, Berlin SW 61, Lantolfstraße 2-3 • Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kriebel, Berlin-Friedenau, Jägerstraße 2 • Druck: Westring-Druckerei G. m. b. H., Berlin-Lichtenrade, Reifehofstr. 7 • Erscheint monatlich zweimal. Preisbezug vierteljährlich RM. 0,90. Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr • Anzeigenspreisliste 4 • J. v. M. g. • Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Köpferstr. 46 (Telefon B 5 Borsparossa 0914) zu richten

Nr. 24

Berlin, den 15. Dezember 1936

17. Jahrgang

## Polen will führen

Es läßt sich nicht leugnen, daß das Verständnis, das Oberst Beck in London für die außenpolitischen Pläne Polens gefunden hat, recht weitgehend ist. Oberst Beck hat erreicht, daß London die Berücksichtigung der „legitimen Interessen“ Polens bei dem etwaigen Zustandekommen eines neuen Westpaktcs zugesagt hat, daß es Polens meerespolitischen Ehrgeiz gestärkt und dessen Bestrebungen, zusammen mit den übrigen „zwischeneuropäischen“ Staaten eine „Isolierungsschicht“ zwischen das nationalsozialistische Deutschland und das bolschewistische Rußland zu legen, nicht nur als ideologisch begründet, sondern auch als machtpolitisch wünschenswert anerkannt hat, und daß es schließlich auch dem polnischen Wunsche, bei einer Aufrollung der Kolonialfrage nicht übergangen zu werden, grundsätzlich zugestimmt hat. Dieser diplomatische Erfolg des Obersten Beck scheint in manchen polnischen Kreisen ein expansionslüsternes Kraftgefühl wachgerufen zu haben. Dieses Gefühl birgt für Polen insofern gewisse Gefahren, als es auf der irtigen Vorstellung fußt, daß England einem Staate auch dann zu Hilfe zu kommen bereit ist, wenn dieser Staat bei der Verfolgung der von ihm an sich gebilligten Pläne einmal in Schwierigkeiten gerät.

Die Verständigung mit England hat den außenpolitischen Regungen Polens neuen Auftrieb gegeben. Das um so mehr, als zu gleicher Zeit auch die Kreditverhandlungen mit Frankreich zum Abschluß gebracht und Kredite in einer Gesamthöhe von rund 2,5 Milliarden Franken sichergestellt worden sind, von denen 800 Millionen (vollaufgewertete) Franken in 18 Vierteljahresraten in bar und 800 Millionen (im Rahmen der Preissteigerung aufgewertete) Franken in Form von Maschinenlieferungen für die polnische Rüstungsindustrie gegeben werden sollen, während für die Bank Polki Kreditkontredite in Höhe von 500 Millionen (wahrscheinlich auch aufgewertete) Franken und 350 Millionen (nicht aufgewertete) Franken als zweite Rate für den Bau der Kohlenbahn Kattowitz-Ödgingen zur Verfügung gestellt werden sollen. Polen befindet sich, von England moralisch gedeckt und von Frankreich finanziell unterstützt, in einer Lage, die es ihm verlockend erscheinen lassen muß, den schon mehrfach vergebens gemachten Versuch einer Organisierung der „zwischeneuropäischen“ Staaten, oder um bei dem militärischen Bilde der europäischen Frontenbildung zu bleiben: den Versuch einer Mobilisierung des politischen „Niemandlandes“ noch einmal zu unternehmen. Es hat sich mit Eifer auf diese Arbeit gestürzt.

Die Ausbohotung Titulescus hat sich für Polen als eine Chance erwiesen, die rasch und erfolgreich ausgenutzt worden ist. Rumänien und Polen haben ihr Bündnis von neuem bekräftigt, und zwar auf der Grundlage, auf der es feinerzeit zustandegebracht worden war: als gegenseitige Sicherung gegen den großen Nachbarn im Osten. Nach der amtlichen Verlautbarung haben Antonescu und Oberst Beck „alle Fragen geprüft, die die beiden Staaten betreffen, hierbei die vollkommene Übereinstimmung der Ansichten ihrer Regierungen festgestellt und der Überzeugung Ausdruck gegeben,

daß es bei der gegenwärtigen Lage der Dinge notwendig ist, auf engste miteinander in Fühlung zu bleiben". Die politische Ueber-einstimmung soll durch die Stärkung der kulturellen, die Engtergestaltung der militärischen und die Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen ergänzt und ausgebaut werden. In einem Kulturabkommen ist die Schaffung wissenschaftlicher Institute, der Austausch von Professoren, Studenten und Schülern, die Veranstaltung von Kunstausstellungen, die Durchführung von Rundfunksendungen usw. festgelegt worden. Ueberdies ist der rumänische Generalstabades bereits mit der polnischen Armeeführung in Fühlung getreten, um die Bedingungen der militärischen Zusammenarbeit zu modernisieren. Es ist Polen gelungen, seine rumänische Flanke, die einige Jahre lang durch die uneinheitliche Einstellung der beiden Staaten gegenüber der Sowjetunion ungeschützt war, wieder zu sichern.

Man darf freilich nicht übersehen, daß es zwei Faktoren gibt, die eine gewisse Unsicherheit in die polnisch-rumänischen Beziehungen bringen. Das ist einmal die Tatsache, daß die innerpolitische Lage Rumäniens noch einigermaßen ungeklärt ist, da die Rechtskreise, unter deren Druck die Loslösung der rumänischen Außenpolitik von Moskau erfolgt ist, noch nicht dazu gelangt sind, ihren Einfluß im Staate zu stabilisieren. Und das ist weiter die Tatsache, daß Rumänien im Hinblick auf das mit Polen befreundete Ungarn auch heute noch sein Verbleiben in der anticevionistischen Front für notwendig hält. Bis auf weiteres ist Rumänien immer noch in erster Linie Mitglied der Kleinen Entente und erst in zweiter Linie der Verbündete Polens. Mit der Kleinen Entente aber ist Polen bis heute in kein rechtes Verhältnis gekommen, da die Streitigkeiten, die zwischen ihm und seinem tschechischen Nachbarn, dem maßgebenden Faktor dieses Verbandes, bestehen, noch nicht haben beigelegt werden können. Sie haben sich im Gegenteil in demselben Maße vertieft, in dem sich Prag in die Rolle eines militärischen und politischen Vorpostens der Moskauer Mitteleuropapolitik eingelebt hat.

Es ist anzunehmen, daß Polen seine früheren Versuche wiederholen wird, die Kleine Entente zu sprengen und damit einen Pfeiler der tschechischen Außenpolitik zu stürzen. Die Aussichten hierzu mögen ihm jetzt, wo es seine eigenen Beziehungen zu Rumänien wieder aufgewärmt und sich das Verhältnis Süd-slawiens sowohl zu Italien wie zu Ungarn endlich ein wenig aufgeklärt hat, besonders günstig erscheinen. Es ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß es Polen gelingt, wenigstens die Bedeutung der Kleinen Entente noch um einige Grade zu mindern. Die schwierigere Aufgabe ist es jedoch, die Prager Politik wieder von Moskau zu lösen. Einem solchen Versuche steht nicht nur das nicht unbegründete tschechische Mißtrauen gegen Polen und nicht nur das geradezu krankhafte tschechische Ablehnungsbedürfnis an eine bewährt deutschfeindliche Großmacht entgegen, sondern auch das tief im Tschechentum wurzelnde Gefühl der geistigen Verwandtschaft mit der bolschewistischen Herrschaft. Ohne die Tschecho-Slowakei gedemütigt zu haben, ist das Ziel, das Polen schon in Versailles vorgeschwebt und das es in keiner politischen Konstellation seither aus den Augen verloren hat, nicht zu erreichen: die Organisation eines antideutschen Mitteleuropa unter polnischer Führung. Zwei völkische und machtpolitische Führungsansprüche stehen in dem politischen Raum zwischen Deutschland und der Sowjetunion gegeneinander. Diese konkurrierenden Ansprüche werden, solange es diese Völker gibt und solange sie eigene Staaten besitzen, auf die Dauer nicht durch eine Verständigung überbrückt, sondern nur durch Kampf entschieden werden können, — ein Umstand, der allerdings nicht dazu verleiten darf, die Augenblicksbedeutung der polnisch-tschechischen Ausgleichsbestrebungen zu unterschätzen.

Zu dem Mitteleuropa, dessen Organisation sich Polen zum Ziel gesetzt hat, gehören auch die baltischen Staaten. Die Anerkennung, die Polen dort findet, wächst mit der geographischen Entfernung. Estland ist, wie es der Lage dieses Landes und dem Charakter dieses Volkes entspricht, auf die Sicherung seines Bestandes gegen den einzigen möglichen Feind, das bolschewistische Rußland, bedacht. Die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit den antibolschewistischen Mächten sind in Estland also gegeben. Dagegen bleibt Lettland für Polen ein unzuverlässiger Partner, nicht nur deshalb, weil seinem herrschenden Volkstum die innere Widerstandskraft gegenüber den bolschewistischen Einflüssen fehlt, sondern auch deshalb, weil es im lettgalischen Völkertum und Konfessionsgemisch die Zusammenarbeit immer wieder störende Konfliktstoffe birgt. Was

Litauen anlangt, so ist in letzter Zeit wieder einmal von Ausgleichsverhandlungen mit Polen die Rede, ohne daß aber bisher schon praktische Ergebnisse haben festgestellt werden können.

Es ist nicht verwunderlich, daß die polnischen Versuche, das „Niemandland“ zu organisieren, gegenwärtig eine gewisse antipolische wissenschaftliche Tendenz aufzuweisen. Einfach deshalb, weil die Sowjetunion von den beiden, an diesen Ländergürtel angrenzenden Großmächten diejenige ist, die eine allenthalben fühlbare Durchdringung ihres westlichen Vorfeldes betreibt, was von Deutschland auch die böswilligsten Propagandisten schwerlich glaubhaft zu machen vermögen. Rumänien hat einigen Grund, sich um den bessarabischen Besitz Sorge zu machen. Polen hat keinen Anlaß, sich seiner Ostgrenze allzu sicher zu fühlen, und das Mißtrauen, das die „Gazeta Polska“ vor kurzem gegen den Wert des Nichtangriffspaktes mit den Sowjets geäußert hat, erscheint durchaus berechtigt. Und was die baltischen Staaten betrifft, so ist es wohl mehr als eine rednerische Entgleisung gewesen, wenn der Sekretär des Leningrader Parteibüros, Iwanow Ende November in einer Rede diesen Ländern — in Anlehnung an ein Wort Peters des Großen — damit gedroht hat, daß Rußland das Fenster zur Ostsee aufstoßen und „mit Hilfe der Roten Armee nachsehen“ werde, was in den Randstaaten los ist. Polen sieht in solchen Erscheinungen einen passenden Anlaß, seine Außenpolitik, die in Wirklichkeit eine sehr aktive Expansionspolitik ist, mit dem Heiligenschein einer europäischen „Mission“ zu umgeben. Demgegenüber darf man — vor allem in Deutschland — zweierlei nicht vergessen: Erstens entsprechen die innerpolnischen Dinge Polens in vieler Hinsicht durchaus nicht den Anforderungen, die an ein Land gestellt werden müssen, das sich anschießt, eine solche „Mission“ zu erfüllen; das heißt: es wäre gefährlich, sich darauf zu verlassen, daß Polen geeignet ist, Deutschland und damit Europa vor dem Bolschewismus zu decken. Und zweitens hat die Erfahrung gerade der letzten Menschenalter gelehrt, daß Polen im Bedarfsfalle gar keine Bedenken trägt, seine „Mission“, die es gestern noch im russischen Osten gesucht hat, morgen im deutschen Westen zu suchen.

Dr. K.

## Im Zeichen der Verständigung

Es ist bemerkenswert, mit welcher Offenheit in Polen gegen die deutsche Volksgruppe und gegen Deutschland gehegt wird. Es ist eine tägliche Erscheinung, daß in der Presse und in Versammlungen zur weiteren Entrechtung, Verdrängung und Enteignung der deutschen Volksgruppe ausgeheißt wird und gegen Deutschland die niedrigsten Verleumdungen ausgestreut werden. Das deutsch-polnische Presseabkommen wird vielfach als nicht bestehend betrachtet. Die deutsch-polnische „Annäherung“ ist zu einem Gespött journalistischer Freibeuter geworden. Das ist nicht erstaunlich, da ja hervorragende Leute des Regierungslagers an diesem Treiben teilnehmen und sich nicht scheuen, im Zeichen der „Verständigung“ offene Grenzrevisionspropaganda zu treiben. Einige Beispiele aus der letzten Zeit sollen hier angeführt werden.

Der nationaldemokratische „Kurjer Poznański“ schrieb in seiner Nummer vom 23. November: „Seit einigen Wochen finden wir in den deutschen Zeitungen einen ungewöhnlichen Vorwurf: man klagt einen großen Teil der Blätter der polnischen Presse oder auch einzelne Blätter deswegen an, weil sie das deutsch-polnische Presseabkommen nicht beachten und Artikel veröffentlichen, die die ‚freundschafilichen‘ und ‚friedlichen‘ Beziehungen des Deutschen Reiches zu Polen stören können. Dieser Vorwurf ist insofern unangenehm, als weder uns, noch auch den Redaktionen anderer Blätter, wenigstens soweit es sich um die nationale Presse handelt, der Inhalt eines solchen Presseabkommens oder einer Verständigung überhaupt bekannt ist.“

Die „Polonia“ in Kattowitz schrieb in ihrer Nummer vom 22. November: „... In Wirklichkeit ist die Hitlerbewegung ebenso eine Bedrohung für die europäische Kultur und den katholischen Glauben wie der Bolschewismus. Den Bolschewismus durch die Hitlerbewegung zu bekämpfen, heißt den Teufel mit Beselzebub austreiben. Der Bolschewismus und die Hitlerbewegung haben denselben Vater, sie sind

Kinder des deutschen Geistes. Ohne Hegel hätte es keinen Karl Marx gegeben, ohne Hegel aber würde es auch keinen Hitler geben.“

Das Organ des Wojewoden Gragnyński, die Kattowitzer „Polska Zachodnia“, charakterisierte vor kurzem die amtliche polnische Einstellung zur nationalsozialistischen Weltanschauung mit folgenden Worten: „Die Propaganda des Hitlerismus und die Glorifizierung Deutschlands und Hitlers in Polen stellen wir vom Standpunkt des polnischen Staatsinteresses auf die gleiche Stufe mit der Moskauer kommunistischen Propaganda und der Glorifizierung ihres Führers Stalin“.

Die Polnische Literaturakademie veranstaltete am 28. November in Kattowitz eine Kundgebung, die dem Gedächtnis des Dichters Norbert Bonczak gewidmet war. Der Vorsitzende der Akademie, der Schriftsteller Sieroszewski feierte den Aufstauswojewoden Gragnyński in einer Ansprache und überreichte ihm den Goldenen Akademischen Lorbeer „für Verdienste um die polnische Kultur und damit zugleich um das Wohl der Literatur“. Gragnyński hielt darauf eine Ansprache, in der er u. a. wörtlich ausführte: „... Vom Westen kam unbarmherzig der deutsche Druck, um das Polentum mit allen möglichen Mitteln auszurotten. Vor diesem Ansturm zog sich das polnische Volk bis in die Gegend von Oppeln zurück. ... Und so kommt inmitten des größten Druckes von Seiten des deutschen Staates eine immer mächtigere, immer mehr kämpferisch eingestellte Nationalbewegung, die schließlich in der schönsten Kundgebung des polnischen Geistes endet, die unzweifelhaft die drei schlesischen Aufstände als wahre bewaffnete Volksbewegungen in Polen darstellen. ... Diese schöne polnische Sprache klingt heute weit über die polnischen Staatsgrenzen bis über Oppeln hinaus. Sie klingt im Grenzland und in Masuren. Heute ist sie dort vielleicht ein Lied der Hoffnung, morgen kann sie eine Triumpfhymne werden.“

Das Organ des Verbandes für den polnischen Staatsgedanken, die Monatschrift „Nasza Przyszłość“ veröffentlichte in ihrer Nummer 49 unter der Ueberschrift „Danzig muß unser sein“ einen Artikel, der die polnische Einstellung zu Danzig unumwunden charakterisiert. Einige Stellen seien diesem umfangreichen Artikel entnommen: „Die Weichsel muß in ihrem ganzen Laufe uns gehören. Diese klar ausgedrückte Forderung werfen wir unumwunden in die polnische Allgemeinheit. ... Wir wiederholen es hart und entschlossen: Die Weichsel muß ganz polnisch werden! Infolge der Kurzsichtigkeit der Schöpfer des Versailler Vertrages ist Polen die Kehle abgeschnürt worden, indem man aus Danzig einen selbständigen Staat schuf, der uns gegenüber naturgemäß feindselig eingestellt sein muß. ... Daselbe hat man mit Memel, dem Zugang Litauens zum Meere“ gemacht. Aber das kleine Litauen wartete den entsprechenden Augenblick ab, um sich desto entschiedener in Memel festzusetzen. Nur wie Polen. ... es kennen süßam den Danziger Unfian an und erlauben es sogar, daß in einem Staate, der unter unserer Aufsicht (!) steht, fremde (!) Sturmtruppen, ja sogar fremde (!) Regierungen herrschen. ... Andere Staaten machen mit ihren anderssprachigen Bürgern auch nicht viel Umstände. ... Daher darf das Sprachen- und Nationalitätenproblem Danzigs für den polnischen Großmachtgedanken überhaupt kein Problem sein. Mögen die Danziger doch unferretwegen chinefisch sprechen und Buddha anbeten — Danzig muß trotzdem zu Polen zurückkehren, da es uns unbedingt notwendig ist. Das ist eine der wichtigsten Forderungen unferret staatlichen Existenz. ... Der tausendjährige Kampf der mächtigen germanischen Welt mit den Polen hat stets, früher oder später, mit einem Plowoce oder Brunwald geendet, wenn er auch zeitweise den Deutschen Erfolge gebracht haben mag. Wenn es früher so war, wie würde es erst jetzt oder in der Zukunft sein, jetzt, da das Selbstbewußtsein der polnischen Nation so sehr gestärkt und durch die geschichtlichen Erfahrungen erhärtet worden ist, und da die ganze Welt gegenüber den Gefahren des Eroberungsüchtigen teutonischen Geistes besonders wachsam, manchmal sogar vielleicht allzu empfindlich ist! Es ist ja heute schon so weit gekommen, daß auf den bloßen Klang des Wortes ‚furore teutonico‘ hin alle zivilisierten Länder ihre gegenseitigen Streitigkeiten vergessen und sich zu einer gemeinsamen antideut-

sehen Front zusammenfinden . . . Danzig muß unser sein, da es vor Jahrhunderten unser war. Darüber ist nicht weiter zu reden. Die Herrschaft über die ganze Weichsel ist die grundlegende Forderung der polnischen Geopolitik.\*

Am 28. November beging der „Verband der polnischen Jugend“, dem ein großer Teil der heute führenden Politiker Polens angehört bzw. angehört hat, die Feier seines 50jährigen Bestehens. Bei der Feier, die im Warschauer Rathausaal stattfand, war der Staatspräsident durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister Kwiatkowski vertreten. Anwesend waren u. a. die Minister Swietoslawski und Ulrich, die Staatssekretäre Ujejski und Korsak, ferner Kosciolkowski, Koc, Borecki und Starzynski. Es steht also außer Zweifel, daß die Reden und Entschlüsse, die aus Anlaß dieser Feier gehalten bzw. gefaßt wurden, nicht die Meinungsäußerung eines privaten Verbandes, sondern die ausdrückliche Willensbekundung höchster Staatsstellen sind. Das gilt auch für die von den Versammelten angenommene Erklärung des Organisationsrates des „Verbandes der polnischen Jugend“. Diese Erklärung schließt mit folgenden Worten: „Wir müssen unsere Rechte auf Ostpreußen und Deutsch-Schlesien betonen. Der Zugang zum Meere muß gefestigt werden. Gegenüber der Ukraine stehen wir auf dem Boden ihrer Unabhängigkeit und ihrer föderativen Verbindung mit Polen“.

## Das polnische Regierungslager

Seit Monaten wartet man in Polen darauf, daß Oberst Koc das Programm und die Organisation des neuen Regierungslagers verkündet. Es ist kein Wunder, daß die Verschleppung dieser allgemein als dringend empfundenen Angelegenheit von der Opposition als ein Zeichen der Ratlosigkeit der regierenden Kreise ausgelegt wird, die weder sich selbst, geschweige denn die anderen unter ein Dach zu bringen vermögen. Bis hier sind nicht einmal die Kreise, die den Grundstock des neuen Lagers abgeben sollen, bekannt. Das Nächstliegende wäre an sich gewesen, alle die Gruppen, die dem vor reichlich einem Jahr aufgelösten alten Sanierungslager angehört haben, wieder zu einem neuen, die Regierung stützenden Block zusammenzuführen. Doch ist es wenig wahrscheinlich, daß sich auf diese Weise die notwendige innere Geschlossenheit herstellen läßt. Es ist dann u. a. der Legionärverband, dessen Leitung vor einigen Monaten dem Obersten Koc anvertraut worden ist, als eine Art Kerntuppe des neuen Lagers herausgestellt worden. Auch hat sich der seit einem halben Jahrhundert bestehende „Verband der polnischen Jugend“, der eine ganze Reihe führender Persönlichkeiten des politischen Lebens zu seinen Mitgliedern zählt, in Erinnerungen zu bringen versucht. Aber eine Entscheidung ist bisher weder zugunsten dieser noch irgendwelcher anderer Gruppen gefallen. Auch darüber läßt sich bisher noch nichts Endgültiges sagen, ob und wie weit es gelingen wird, diese oder jene Gruppen der Opposition in das neue Lager einzubeziehen. Bekannt ist von der zu schaffenden Regierungsorganisation bisher nur der Name, der voraussichtlich „Lager des staatspolitischen Gedankens“ oder so ähnlich lauten soll und eine Wochenschrift, die seit kurzem unter dem Titel „Zaczn“ („Sauerkeim“) erscheint und dazu bestimmt zu sein scheint, das ideologische Sprachrohr des noch nicht vorhandenen Lagers zu bilden, was Oberst Koc allerdings dementiert hat.

Immerhin sind die programmativen Ausführungen dieses Blattes beachtlich, und man kann von ihnen aus wohl gewisse Rückschlüsse auf die ideologische Ausgangsstellung und die politische Arbeitsmethode des neuen Lagers ziehen. Als das Primäre gilt der Staat, nicht das Volk. In der Arbeit am Staat soll das Volk die innere Einheit gewinnen, die es bisher nicht besitzt. Das Volk aber ist in seiner Masse nicht zur Mitarbeit am Staate geeignet. „Der staatliche Gedanke“, heißt es im „Zaczn“ hierüber, „kann nicht alle erfassen, weil er zu schwierig ist, weil er nicht nur eine große Vorbereitung, sondern auch eine beständige Arbeit und eine immer größere Anstrengung erfordert, um sich auf das Niveau des zeitgenössischen Wissens und Könnens zu erheben“. Die Führung des Staates ist das Recht einer Elite. Diese Elite verzichtet darauf, unmittelbar auf die Massen zu wirken

und die Massen zu organisieren. Es gehe nicht an, heißt es im „Jaczyn“, die ganze Last der Verantwortlichkeit für das Wohl des Staates auf die Schultern des Obersten Feldherren zu wälzen; es müsse eine Organisation entstehen, die einen Mittelpunkt des staatlichen Lebens bildet und von der Staatsidee beseelte Staatsarbeiter erzieht. Gegen das alte Sanierungslager wird der Vorwurf erhoben, daß es die Bahnen Pilsudskis, „des größten Bekenners der polnischen Staatsidee“, verlassen und zugelassen habe, „daß in Polen, wie vielleicht nirgends in der Welt, wirtschaftliche und vor allem erzieberische Einflüsse aller möglichen Internationalen ihr Unwesen treiben“. Es wird dann allerdings nicht gesagt, was der Inhalt der polnischen Staatsidee ist. Es wird nur gesagt, daß weder die kapitalistische, noch die antikapitalistische, weder die jüdische, noch die antisemitische, weder die nationalisistische, noch die liberale, weder die religiöse, noch die antireligiöse Internationale, weder der Faschismus, noch der Nationalsozialismus und erst recht nicht der Kommunismus zu dieser Staatsidee passen. Es wird auch nichts darüber gesagt, wie das Verhältnis des durch die zu schaffende Organisation repräsentierten Staates zum Volke aussehen soll. Nur so viel scheint sicher zu sein, daß die Elite, die sich als Träger der Staatsidee proklamiert, nicht die Absicht hat, sich im Sinne einer demokratischen Verfassung dem Urteil des Volkes zu unterwerfen.

Im Grunde ist in dem, was der „Jaczyn“ gesagt hat, nichts Neues enthalten. Keine der Fragen, mit denen man sich schon zu Lebzeiten Pilsudskis und noch mehr nach seinem Tode herumgeplagt hat, ist durch die Betonung der Staatsidee beantwortet worden. Für die mehrfach angekündigte ideologische Offensive des Regierungslagers gegen die Opposition ist eine Idee, die nach den eigenen Worten ihrer Vertreter „nicht alle erfassen können, weil sie zu schwierig ist“, kaum eine geeignete Waffe. Man kann daraus vielleicht entnehmen, daß die regierende Schicht, von der es übrigens vorerst noch fraglich ist, ob sie selber eine geschlossene Einheit darstellt, darauf verzichtet hat, die Opposition propagandistisch niederzuwerfen. Eine Staatsidee besitzt zweifellos eine starke moralische Kraft, — wenn das Volk von ihr erfaßt und ihr zu dienen bereit ist. Das hat die Idee des preussischen Staates bewiesen, und das beweist die Idee des faschistischen Staates. Vom Polen aber heißt es, daß er für sein Vaterland zu sterben, nicht aber für es zu arbeiten und zu leben bereit ist. Und die polnische Staatsidee hat sich im polnischen Volke fast stets nur soweit als wirksam erwiesen, als sie expansionistische Tendenzen verfolgte, d. h. als Anreiz nach außen, nicht aber als Verpflichtung nach innen.

## Kulturelle Anleihenpolitik

Vor ein oder zwei Jahren befragte eine polnische Organisation in den Vereinigten Staaten die dort lebenden Polen in einer Art Abstimmung, welche Männer nach ihrer Meinung zu den größten Erscheinungen der polnischen Geschichte gehören. Das Ergebnis dieser Rundfrage war einigermaßen verblüffend; denn die meisten der Befragten entschieden sich für einen — Deutschen, den Astronomen Nikolaus Copernicus und bezeichneten diesen — vor Pilsudski, Mickiewicz, Kosciuszko usw. — als den „bedeutendsten Polen“! In einer vom „Polnischen Institut für die Zusammenarbeit mit dem Ausland“ unter dem Titel „Was jeder ins Ausland fahrende Pole wissen muß“ herausgegebenen Schrift, die jedem ins Ausland reisenden Polen in die Hand gedrückt wird, um ihn in Stand zu setzen, im Ausland ein Propagandist der polnischen Sache zu werden, findet man u. a. folgende Sätze: „Der polnische Astronom Nikolaus Copernicus hat im 15. Jahrhundert eine Revolution der Wissenschaft hervorgerufen, indem er nachwies, daß sich die Erde um die Sonne dreht und nicht die Sonne um die Erde, wie man früher annahm. Gleichzeitig war er ein hervorragender Wirtschaftler, der Schöpfer eines Gesetzes, das in der Wirtschaftslehre als das Brahamsche Gesetz („Schlechtes Geld verdrängt gutes“) bekannt ist und das er in seinem Werk „De Moneta“ bewies.“ Vor kurzem wurde in der Universität Bologna in Anwesenheit des Vörschafters Dr. Wysocki eine von der polnischen Botschaft in Rom gesandte Copernicus-Büste enthüllt. Das geschah allerdings nicht, wie ein harmloses Bemerkung vielleicht vermuten könnte, um „im Zeichen der deutsch-polnischen Annäherung“ den deutschen Denker und Forscher zu ehren, sondern um Polen vor der italienischen Offent-

lichkeit mit dem Ruhme des copernicanischen Geistes zu überstrahlen; und die italienischen Stellen brachten den polnischen Büssenslisten jene lächelnde Nachsicht entgegen, welche den Unbeteiligten eignet, die zwar Bescheid wissen, aber Mitleid mit dem Geltungsbedürfnis ihrer Mitmenschen empfinden. Man wird zugeben müssen, daß die ungeordnete Art der Polen, ihrer kulturellen Kleptomane auch außerhalb der Grenzen ihres Staates die Zügel schießen zu lassen, eine Angelegenheit ist, die nicht mehr bloß den Forscher, sondern auch den Politiker angeht, die nicht nur den Protest der Vertreter des deutschen Geisteslebens heraufzurufen muß, sondern eigentlich auszeichnen sollte, die Diplomatie in Aktion treten zu lassen. Der polnische Botschafter Dr. Wysłoki soll bei der Feier polnischen Meldungen zufolge u. a. folgendes ausführte haben: Das polnische und das italienische Volk begnügten sich nicht damit, materielle Reichtümer zu erwerben, sondern sie verstanden es kraft ihres Genies, die Naturkräfte zu ergründen, und sie seien bestrebt, ihr Vaterland mit Ruhm zu umgeben, wie das Copernicus für Polen und Galilei für Italien getan hätten. Gelegentlich der Feier ist übrigens der in Bologna bestehende „Verein der Freunde Polens“ in „Nikolaus-Copernicus-Verein“ umbenannt worden! Der agitatorische Zweck der Bologneser Feier und der anderen erwähnten „Vermählungen“ um den berühmten Astronomen geht aus der Neuferung eines polnischen Blattes hervor, welches sich, als kaum die Hülle von der Copernicusbüste in Bologna gefallen war, schon auf die Italiener als auf die Kronzeugen der polnischen Legende berief: Um die deutsche Behauptung, daß Copernicus ein Deutscher war, „voll und ganz zu widerlegen“, genüge die Feststellung, „daß sogar die Italiener den Copernicus für einen Polen halten“.

Es ist sicher, daß die maßgebenden Kreise in Polen selber im Ernst nicht daran glauben, daß Copernicus ein Pole gewesen sein soll. Die Frage nach dessen Volkszugehörigkeit ist von nüchternen und ehelichen polnischen Wissenschaftlern schon längst und endgültig im deutschen Sinne beantwortet worden. So erst leztlich wieder von dem polnischen Historiker Jeremi Wasjutyński, der sich in der Warschauer Zeitschrift „Prosto z mostu“ unter dem Titel „Der Streit um die Volkszugehörigkeit des Copernicus“ mit dieser Frage befaßt hat. Die wesentlichen Stellen des Aufsatzes seien hier wiedergegeben. Wasjutyński schreibt: „... Es ist üblich, daß Erwägungen dieser Art (über die Volkszugehörigkeit) mit der Genealogie beginnen, obgleich Abstammung und Nationalgefühl zwei völlig verschiedene Dinge sind. In diesem Falle (d. h. im Falle des Copernicus) stimmen beide jedoch überein. Die Familie Copernicus stammt aus dem heutigen Deutschholerbschlesien, aus dem Dorf Copernik (lat. Copernic, deutsch Köppernig), dessen Name aus dem Wort Kopper, der niederdeutschen Bezeichnung für Kupfer, gebildet worden ist. Tatsächlich befanden sich Kupferbergwerke in der Nähe. Schon im 14. Jahrhundert kam die Familie Copernicus nach Krakau, später auch nach Thorn. Sie schrieb sich immer mit zwei „p“ (Copernik, Koppernik, Köppernig, Koppinik, Koppinick usw.). Was die Mutter des Astronomen anbelangt, so ist die Herkunft des berühmten Thórner Patriziergeschlechtes Wagenrode, aus dem sie stammt, umstritten (Niedersachsen oder Westfalen). Wesentlicher für die Frage der Volkszugehörigkeit des Copernicus sind seine eigenen Familienverhältnisse, die Umgebung seiner Freunde und Bekannten. Gerade diese Umgebung hat ausgeprägt gutbürgerlichen und gleichzeitig deutschen Charakter. Die einzige in Frage kommende Verbindung mit Polen kam auf die Weise zustande, daß eine Wagenrode, eine Verwandte der Mutter des Astronomen, den Kulmer Unterkammerer Maciej Konopacki heiratete. Die nächsten Verwandten des Copernicus waren die von Allen, die Kinder seiner Tante.“ Cordula von Allen, die Copernicus fast gleichaltig war, heiratete den reichen Danziger Reinhold Feltsette; nach dessen Tode wurde Copernicus der Vormund der Kinder Feltsettes. Seine Schwester Katharina heiratete den Krakauer Kaufmann Bartel (Bartholomäus) Gertner. Die nachkommen Katharinas und Cordulas gingen ausschließlich innerhalb der deutschen Bürgerschaft Preußens eheliche Verbindungen ein. Nach Copernicus Tode erbten die Familien Möller aus Stargard, Loitsch aus Danzig und Stulpawitz aus Königsberg sein kleines Vermögen.

„Die wenigen Freunde des Astronomen“ sagt Wasjutyński dann weiter, „gehörten im allgemeinen derselben Gesellschaftsklasse und demselben (deutschen) Volkstum an“. Der ihm am nächsten stehende war der Domherr und spätere Bischof Liede-

mann Giese. Giese sympathisierte, ähnlich wie auch Copernicus mit der Reformation. Beide befreundeten sich mit dem berühmten Lehrer Alexander Sculteti, der, ebenfalls ein Mitglied des ermländischen Domkapitels, im Jahre 1539 von König Sigismund (von Polen) geächtet wurde und sich nach Rom zurückzog. „Diese freundschaftlichen Beziehungen“, meint Wasjutynski, „mussten die ursprünglich unweifelhaft vorhandene Polenfreundlichkeit des Copernicus abschwächen“. In derselben Richtung wirkte die Tatsache, daß der König von Polen danach strebte, die ermländischen Pfründen, die bis dahin ausschließlich den preussischen Patriziern vorbehalten waren, mit Polen zu besetzen. „Der erste wirkliche Pole im ermländischen Domkapitel war Pawel Plotowski, der in diesem Kreis vollkommen fremd war und sich sogar nach seiner Ernennung selten in Frauenburg zeigte. Gerade er begann die Umtriebe gegen Copernicus, die die letzten Lebensjahre des größten Astronomen vergifteten.“ Als Feinde des Copernicus traten auch zwei verpöhlte Danziger Deutsche, Dantiscus und Hofius auf. Die gegen ihn, seine Freunde, wie z. B. Sculteti und den Naumburger Burghauptmann Johann von Werden, sowie gegen seine Geliebte, Anna Schilling, gerichteten Umtriebe führten, wie Wasjutynski weiter berichtet, dazu, daß Copernicus sich der Partei der preussischen Autonomisten innerhalb des Frauenburger Domkapitels anschloß. Die Tatsache, daß sich Copernicus, seine Freunde und Verwandte gegen den Deutschen Orden stellten, hatte, wie Wasjutynski ausdrücklich betont, lediglich staatspolitische Gründe. „In keinem Fall kann man von irgendeiner nationalen Abneigung ihrerseits gegenüber dem Orden sprechen, wie das viele polnische Lebensbeschreibungen (des Copernicus) tun.“ Sowohl der Onkel des Astronomen, der Frauenburger Bischof Lukas Wazzenrode, wie auch sein Bruder, Andreas Copernicus, traten den polnischen Bestrebungen, die Rechte der preussischen Patrizier zugunsten landfremder polnischer Elemente zu schwächen, in schroffer Weise entgegen.

Nach diesen Feststellungen fährt Wasjutynski u. a. fort: „Die wertvollsten Hinweise zur Bestimmung des Nationalgefühls des Copernicus geben uns seine eigenen Schriften und Aufzeichnungen. Vor allem muß man beachten, daß er einige eigenhändig in deutscher Sprache geschriebene Briefe und Denkschriften, sowie viele Notizen hinterlassen hat, dagegen kein Wort in polnischer Sprache. Ein vollkommen klares Bekenntnis seines preussischen Patriotismus legte Copernicus in der letzten lateinischen Ausgabe seiner Abhandlung über das Geld ab. Er beschrieb dort eingehend die Geschichte der preussischen Währung und deren allmählichen Verfall. Die Schmach bei Lannenberg bedeutete für ihn das traurige Datum einer Niederlage Preußens, von der ab der Verfall des Staates sich immer deutlicher an der Währung zu zeigen begann“. Und weiter: „Diese ungeheure Niederlage des preussischen Staates sehen die, die das betrifft, gleichgültig mit an und lassen zu, daß das geliebte Vaterland, dem gegenüber sie nach Gottes Willen nicht nur die größten Verpflichtungen haben, sondern dem sie sogar ihr Leben opfern sollten, sich mit jedem Tag mehr und mehr durch ihre träge Nachlässigkeit dem traurigen Verfall zuneigt“.

Aus all diesen Tatsachen zieht Wasjutynski folgende Schlüsse: „Man darf nicht behaupten, Copernicus sei ein gebürtiger Pole gewesen, noch viel weniger darf man diese Behauptung im Ausland propagieren“, wo entgegengesetzt lautende Dokumente, z. B. in den deutschen Quellenansammlungen, bekannt sind“ (ohne daß sie, wie Wasjutynski hervorhebt, bisher von einem polnischen Verlage veröffentlicht worden sind). „Was war also Copernicus?“ fragt Wasjutynski, und er antwortet darauf: „Ein preussischer Patriot, der Hecklust nach ein deutschsprechender Thorerer Bürger.“ Diesen gänzlich eindeutigen Feststellungen eines polnischen Forschers ist kaum noch etwas hinzuzufügen. Höchstens das Erstaunen darüber, wie es möglich ist, daß die polnische Propaganda, die Copernicus als einen Polen bezeichnet, nicht einsehete, wie sehr sie vor der Welt das polnische Geistesleben blamiert, indem sie durch ihre geistige Anleihepolitik nur dazu beiträgt, den Verdacht der kulturellen Armlichkeit der polnischen Geschichte zu verstärken.



# Grenziedlung in der Bayerischen Ostmark

Das Jahr 1919 war für den bayerischen Grenzraum von schicksalsschwerer Bedeutung. Auf den Höhenkämmen des Bayer- und Böhmerwaldes lief zwar auch vorher schon eine Staatsgrenze entlang; aber diese Grenze hatte damals doch in keiner Hinsicht eine feindlich trennende Wirkung. Sie war eine Freundgrenze, an der keinerlei politische Gefahren drohten. Das änderte sich mit einem Schlage, als am 4. März 1919 die Schüsse tschechischer Legionäre durch die Straßen sudetendeutscher Städte peitschten und das Alarmzeichen für den Beginn einer neuen Herrschaft gaben. Ohne Volksbefragung war ein neues Machtgebilde entstanden, die „Ceskoslovenska Republika“, in die über dreieinhalb Millionen Deutsche, die fast 24% der Gesamtbevölkerung ausmachten, gegen ihren Willen eingesperrt wurden. Der Leidensweg der Sudetendeutschen begann. Mit staatlicher Unterstützung setzte ein Kampf um die „Rückgewinnung“ der „verdeutschten Gebiete“ ein, um die völkische Eroberung der böhmisch-mährischen Randgebiete, die im Laufe von mehr als zwei Jahrtausenden nie anders waren als germanisch und deutsch. Die sudetendeutsche Industrie, die mit 80% den Hauptanteil an der Industrie der alten Donaumonarchie ausgeübt hatte und sich wiederum zu 80% in deutschen Händen befunden hatte, wurde zum Erliegen gebracht. Das deutsche Gebiet wurde mit tschechischen Beamten, Arbeitern und Siedlern durchsetzt und „aufgelockert“. Bei Furth i. B. stieß ein tschechischer Volkskeil bis zur Reichsgrenze durch! Das sudetendeutsche Vorfeld des Reichsgebietes hörte auf, eine Sicherheitszone zu sein; es wurde durch den tschechischen Angriff in eine Gefahrenzone verwandelt. Vor diese neue Lage sieht sich heute die Bayerische Ostmark gestellt. Sie grenzt heute an den Machtbereich eines erbitterten Feindes, der seine begehrliehen Blicke bereits auf die zum Reiche gehörenden Gebiete richtet. Man sehe sich die Karte von Hanusch Kuffner an, die von den Tschechen in Versailles vorgelegt wurde und auf der das Gebiet bis zur Naab und Donau als tschechisch eingeseht ist! Das zielbewusste volks-, mehr- und wirtschaftspolitische Vordringen des Tschechentums wäre, selbst wenn die Bayerische Ostmark ein dicht besiedeltes und reiches Land wäre, eine Gefahr.

Die Mechanisierung des Handwerks hatte bereits lange vor dem Weltkrieg das Wirtschaftsleben der Bayerischen Ostmark aufs schwerste bedrückt. Innerlich bereits erkrankt, trat das Land in die Nachkriegszeit ein. Vor dem Kriege konnten die ostbayerische und die böhmische Wirtschaft als die zwei Hälften eines zusammengehörigen Ganzen angesehen werden. Durch die Aufrichtung des tschechischen Staates aber wurde nicht allein die eine Hälfte von diesem Ganzen getrennt, sondern sie trat auch noch in eine feindselig betonte Konkurrenz mit der ostbayerischen Wirtschaft. Die Weimarer Republik stand dieser Lage verständnislos gegenüber. In Berlin erklärte man einfach, es gäbe keine bayerische Grenznot, weil die bayerische Grenze doch durch die Friedensdikate in ihrem Verlaufe keine Aenderung erfahren habe! Aus dieser Einstellung heraus war es dann möglich, daß im Parlament das böse Wort fiel, daß Bayern erst eine Grenznot kenne, seit es eine Osthilfe gäbe!

Wie gefahrvoll aber tatsächlich die Lage im bayerischen Grenzgebiet in Wirklichkeit ist, zeigt am deutlichsten der durch die geringe Beschäftigungsmöglichkeit verursachte Wanderungsverlust der Grenzgebiete. Betrachtet man nur die 14 unmittelbar oder fast unmittelbar an der Grenze liegenden Bezirksämter der Bayerischen Ostmark, so ergibt sich für die Jahre 1913 — 1933 ein Wanderungsverlust von 52510 Menschen! Am stärksten ist der Wanderungsverlust in dem ohnehin dünn besiedelten und volkspolitisch am meisten unklümperten Gebiet an der Fuchter Senke. Dieser Wanderungsverlust wäre aber noch viel größer gewesen, wenn die Kriegsjahre und die nachfolgenden Krisenjahre nicht gewesen wären, in denen die Arbeitslosigkeit im ganzen Reiche und vor allem in den Städten und Industriegebieten fast ins Ungemeine stieg, es für Zugewanderte also keine Aussicht auf Beschäftigung mehr gab und in denen sich auch das Ausland mehr und mehr jeder Einwanderung verschloß. Der Wanderungsverlust der Bayerischen Ostmark, der fast 12% der heute ortsansässigen Bevölkerung ausmacht, wirkt sich aber noch viel verhängnisvoller aus, wenn man untersucht, welche Personen und Altersklassen vor allem gelichtet wurden. 70 v. H. der Abgewanderten gehörten der Altersklasse 20 — 40 Jahre an, und davon waren gut drei Viertel Männer. Der im leistungs-

fähigsten Arbeitsalter stehende Bevölkerungsteil dürfte ungefähr 35 000 Abgewanderte gestellt haben, doppelt soviel wie alle anderen Altersklassen zusammen. Daher haben heute die niedrigen und höheren Altersstufen und die Frauen in der Bayerischen Ostmark einen höheren Anteil an der Bevölkerungszahl als im übrigen Bayern; und die Zahl der erwerbsfähigen Männer liegt weit unter dem Landesdurchschnitt. Der beste Bestandteil der Ostmarkbevölkerung wanderte ab; der größte Verlust traf die zur Führung geeignete Schicht.

Soll die Bayerische Ostmark für die Zukunft gesichert sein, dann ist es nicht nur notwendig, diesen Wanderungsverlust wieder aufzufüllen, sondern darüber hinaus längs der Grenze einen breiten Saum grenzbewußter Menschen aufzubauen. Eine Grenze kann auf die Dauer nicht mit Kanonen, sondern nur durch bodenständige Menschen gesichert werden! Nach diesem Grundsatz war die ehemalige österreichisch-ungarische Militärgrenze angelegt. Danach handeln heute die Polen an ihren Grenzen, die Russen in Sibirien, die Japaner in der Mandchurie, die Griechen in Thracien und letzten Endes auch die Tschechen an der West-, Nord- und Südgrenze ihres Staates. Die Bestrebungen aller Völker gehen dahin, an den Grenzen bodenständige Menschen anzusiedeln, wenn auch die Wege, die sie dabei einschlagen, verschieden sein mögen. Dieses Ziel läßt sich in der Bayerischen Ostmark nun nicht dadurch erreichen, daß man Industrien ins Grenzland verlegt, — ganz abgesehen davon, daß diese hier im Ernstfall ganz besonders der feindlichen Einwirkung ausgesetzt wären. Für die Ostmark Bayerns ließe sich eine solche Verlegung schon deswegen nicht durchführen, weil dort die notwendigen Rohstoffe fehlen. Es müßte allerdings danach gestrebt werden, die vorhandenen Industrien zu stärken und lebensfähig zu machen. Ob dies bei allen gelingen wird, ist freilich fraglich. Die Glasindustrie z. B. wird in Zukunft wohl nicht mehr dieselbe Rolle spielen können, die sie früher gespielt hat, weil die für sie notwendigen Rohstoffe nicht mehr hinreichend vorhanden sind und sie somit auf deren Zufuhr angewiesen ist, was zur Folge hat, daß sie im Vergleich zu anderen Erzeugungsgebieten zu teuer produziert. Damit fällt ein wichtiger Erwerbszweig für die Zukunft im wesentlichen aus. Dagegen müßte es möglich sein, die Porzellan- und Steinindustrie so zu heben, daß sie wieder voll leistungsfähig und damit auch für Arbeitskräfte ausnahmefähig werden. Im Zusammenhang damit müßte auch die Frachtenfrage im Sinne der Grenzlandwirtschaft gelöst werden, so wie sie anderswo auch gelöst worden ist. Die in solchen Betrieben beschäftigten Arbeiter müßten dann auch durch Siedlungen bodenständig gemacht werden, wie dies ja zum Teil bereits geschehen ist. Diese Maßnahmen reichen aber bei weitem nicht aus.

Keine landwirtschaftliche Siedlungen sind infolge der Boden- und Klimabedingungen des Landes nicht möglich. Der Ertrag des Bodens ist spärlich; und es ist auch nicht genügend Ackerboden vorhanden. Waldrodungen in größerem Ausmaße sind schon wegen der damit verbundenen Störung der Wasserführung der Flüsse nicht möglich. Der Siedler ist also darauf angewiesen, durch anderweitige zusätzliche Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Dies kann aber nur durch Belebung des Handwerks erreicht werden. Voraussetzung hierfür ist, daß in allen Teilen Deutschlands die Bayerische Ostmark durch die Abnahme ihrer Erzeugnisse unterstützt wird. Nur ein Beispiel: Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts waren im Wegscheider Bezirk über 6000 Handwebstühle im Betrieb; heute sind es etwa nur mehr 600, von denen nur die Hälfte arbeitet. Die Flachsernte des unteren Bayerischen Waldes betrug damals 40 000 bis 50 000 Zentner jährlich, der durchschnittliche Jahresverdienst der Handweberei 4—5 Millionen Gulden; und die Blütezeit der Handweberei war auch eine Blütezeit der ostmärkischen Landwirtschaft. Heute kann die Handweberei mit einem Stundenlohn von oft nur 4 Pfennigen keine Wirtschaftsbelebung mehr bringen, und der Flachsbau ist so gut wie ausgestorben. Hier müßte eingesetzt werden. Es müßte mit Unterstützung der Binnenbevölkerung möglich sein, den Absatz der Handweber zu steigern und damit einem alten und wichtigen Handwerkszweig zu neuem Leben zu verhelfen. Sollten die Erzeugnisse der Handweberei im Preise etwas höher sein als die Maschinenerzeugnisse, so sind sie dafür auch haltbarer und damit von längerer Lebensdauer. Es könnten Handweber also als Siedler angesehen werden, die einen Teil ihres Flachsbedarfs selbst erzeugen und dadurch auch die Preise ihrer Erzeugnisse günstiger gestalten könnten. Ähnlich

liegen die Verhältnisse auch bei anderen Gewerben, z. B. beim Holzverarbeitenden Handwerk. Auch sonst müßten neue Erwerbsmöglichkeiten erschlossen werden: durch vermehrte Kleintierhaltung könnten die Einnahmen der Ostmarkbewohner gesteigert, durch Steigerung der Schafzucht könnte die Wollverarbeitung eingeführt werden. Auf genossenschaftlicher Grundlage diese Erwerbszweige weiter ausgebaut werden.

Die Form dieser Siedlung darf nie die Streusiedlung, sondern kann nur die Gemeinshaftssiedlung sein. Der Gemeinschaftsgedanke muß im Grenzland jede Aufbaumassnahme beherrschen. Hier müßte einmal mit einer Mustersiedlung der Anfang gemacht werden. Gewiß haben schon eine Reihe von Orten neue Siedlungen angelegt, aber diese dienen zunächst nur der ortsansässigen Bevölkerung. Die Notwendigkeit dieser Siedlungen soll durchaus nicht verkannt werden; sie sind zur Erhaltung der augenblicklichen Bevölkerungsziffer nicht zu entbehren. Darüber hinaus aber muß danach gestrebt werden, auch neue Kräfte in die Grenzgebiete zu ziehen. Die Abwanderungsverluste müssen wieder wettgemacht werden. Es ist sicher, daß sich dabei noch viele Schwierigkeiten ergeben werden. Aber sie sind da, um überwunden zu werden.

Dr. Bell, M. d. R.

## Mißachtung des Elternrechtes

Es ist nicht selten, daß Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Polen von den polnischen Schul- und Verwaltungsbehörden endlose Schwierigkeiten bereitet werden, wenn sie ihre Kinder in eine deutsche Privatschule oder in eine öffentliche Schule mit deutscher Unterrichtssprache einschulen, bzw. aus einer polnischen Schule dorthin umschulen wollen. In allen zivilisierten Ländern ist es Sitte, daß in solchen Fällen die mündliche oder schriftliche Erklärung des Erziehungsberechtigten über sein Volkstum als ausreichende Begründung für die Ein- oder Umschulung anerkannt wird. Anders in Polen. Dort verlangen die polnischen Schulleiter der öffentlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache bzw. die polnischen Schulinspektoren, daß die Erziehungsberechtigten ihre Volkstumserklärung von den Verwaltungsbehörden bestätigen lassen. Die Versuche der deutschen Eltern, eine solche Bestätigung von der jeweils zuständigen Starostei zu erhalten, sind aber in vielen Fällen vergebens. Das bedeutet, daß sich die polnischen Verwaltungsbehörden tatsächlich das Recht anmaßen, von sich aus die Volkzugehörigkeit der deutschen Kinder, entgegen der ausdrücklichen Willenserklärung der Eltern, festzusetzen.

Welche Winkelzüge von den polnischen Behörden angewandt werden, um deutsche Kinder vom Besuch polnischer Schulen zu zwingen, soll hier einmal an einem charakteristischen Beispiel dargelegt werden: Vor mehr als zwei Jahren, im November 1934, bat ein in einer westlichen Wojewodschaft wohnender Deutscher die zuständige Kreisinspektion um die Erlaubnis, seine Kinder, die bis dahin wegen des Fehlens einer deutschen Unterrichtsanstalt eine polnische Schule hatten besuchen müssen, in eine öffentliche Schule mit deutscher Unterrichtssprache umschulen zu dürfen. (Die Einschulung in die polnische Schule war während seiner Abwesenheit ohne sein Einverständnis erfolgt.) Eine Woche später erhielt er die Antwort, daß seine Kinder erst mit Beginn des neuen Schuljahres, also im September 1935, umgeschult werden könnten. Im Frühjahr 1935 erneuerte der Deutsche seinen Antrag. Jetzt erhielt er von dem polnischen Leiter der in Betracht kommenden Schule mit deutscher Unterrichtssprache den Rat, daß dem Antrag eine von der zuständigen Starostei beglaubigte Erklärung über die deutsche Volkzugehörigkeit beigelegt werden müsse. Der Kreisinspektor verlangte daselbe. Der Deutsche versuchte darauf, die verlangte Bescheinigung zu beschaffen. Auf der Starostei ließ man ihn zunächst einige Wochen warten, und dann erklärte man ihm, daß eine solche Bescheinigung von der Starostei nicht ausgestellt werden könne und für die Umschulung auch gar nicht notwendig sei. Der Deutsche versuchte darauf, bei der Wojewodschaft zu seinem Recht zu gelangen und mit deren Hilfe die betreffende Starostei zur Ausstellung der vom Kreisinspektor verlangten Volkstumsbescheinigung zu bewegen. Es vergingen wiederum einige Monate. Dann traf ein Schreiben von der Wojewodschaft ein, in dem diese sich auf den Standpunkt der Starostei stellte, die die Bescheinigung abgelehnt hatte. Das war im Februar 1936. Der Deutsche wandte sich schließlich im März d. J.

nach Warschau. Eine Antwort hat er von dort bisher noch nicht erhalten.

Um den ganzen Vorgang, der für die Behandlung der Deutschen in Polen überaus charakteristisch ist, noch einmal kurz zusammenzufassen: Ein evangelischer Deutscher, dessen Volkzugehörigkeit im Militärpaß vermerkt ist, will seine Kinder in eine deutsche Schule schicken. Die Schulbehörde verlangt von ihm eine von der Starostei beglaubigte Volkstumserklärung. Die Starostei lehnt die Befcheinigung ab, weil sie nicht notwendig sei. Die höheren Schul- und Verwaltungsstellen bekräftigen beide die widerprechenden Stellungnahmen ihrer unteren Organe. Der Deutsche wendet sich an die Ministerien und — erhält keine Antwort. Der Erfolg: Seine Kinder müssen weiter die polnische Schule besuchen. Es gibt in Polen offensichtlich keine Stelle, die einen von den unteren Organen der staatlichen Verwaltung schikanierten Deutschen in Schutz nimmt.

## Der Weg zum Bolschewismus

Im Gegensatz zu anderen Hauptstädten Europas, in denen die auf dem Reichsparteitag gehaltenen Reden des Führers und seiner Mitarbeiter einen fühlbaren Eindruck hervorriefen, glaubte Prag die in diesen Reden enthaltene Warnung vor der bolschewistischen Gefahr mit einigen Bemerkungen über den „gesunden tschechischen Geist“ abtun zu können. Dank ihrer „demokratischen“ Haltung, so hieß es, sei die Tschecho-Slowakei gegen den Bolschewismus immun. Man muß schon sagen, daß derartige Erklärungen nachgerade lächerlich wirken, wenn man weiß, daß in Böhmen heute geradezu bolschewistische Zustände herrschen. Verfährt die Prager Regierung nicht nach den Rezepten ihrer jüdischen Freunde vom Moskauer Kreml, wenn sie durch eine Politik des Hungers, Elends und Terrors einen ganzen Volkstamm zu „liquidieren“ versucht? Haben die Moskowiter nicht auf die gleiche brutale Art das Deutschtum in Rußland vernichtet, auf die die Herren des Hradshin heute das Sudetendeutschtum zerstören? Man bedenke: mehr als die Hälfte aller Erwerbslosen des tschechischen Staates und mehr als zwei Drittel aller Selbstmorde im Staate entfallen auf die sudetendeutsche Gebiete! Und grauenvoll ist das Wohnungselend unter den Deutschen der Elendsgebiete. Eine Schande für Europa ist die mit zynischer Berechnung von den Tschechen geförderte physische und moralische Unterhöhlung der jungen sudetendeutschen Generation. Unverkennbar sind im wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben des tschechischen Staates die bolschewistischen Züge. Es ist schon so weit, daß die offene Kritik am Bolschewismus von Staats wegen verfolgt wird. Unter den Augen der Polizei werden sudetendeutsche (aber auch schon tschechische) Versammlungen, in denen gegen den Bolschewismus gesprochen wird, vom roten Mob überfallen, werden die Anhänger Henkeins, wie kürzlich der Abgeordnete Wolner, von Kommunisten blutig geschlagen. Fühlbar entfaltet sich allenthalben die zersetzende Arbeit der kommunistischen Internationale; und ohne viel Vorbehalte erkennt die höchste Stelle im Staate die Kommunisten als „regierungsreif“ an! In jeder Weise kommt man ihnen entgegen. Wenn sie an Sonntagen Kundgebungen veranstalten wollen, verbietet man, wie es kürzlich in Warnsdorf geschehen ist, um sie nicht zu stören, sogar das Kirchengeläut! Und währenddessen begrüßen katholische Abgeordnete des Prager Parlaments wärmstens die „freundschaftlichen Beziehungen“ des Hradshin zum Kreml!

Es war wohl nur ein Zufall, daß gerade während des Besuches des rumänischen Königs in Prag überall auf den Straßen Plakate mit dem Hinweis darauf erschienen, daß namhafte tschechische Künstler und Schriftsteller den Jahrestag der bolschewistischen Revolte feierlich zu begehen gedachten. Kürzlich wurde in Prag unter dem Titel „Spanien, Spanien . . .!“ eine Matinee abgehalten, deren Programm bekannte Schauspieler und Schauspielereinen der Prager Theater bestreiten, und zu der als Gast auch der mit Hilfe der tschechischen Behörden und gegen den Protest des bisherigen Geschäftsträgers in sein Amt eingeführte Gesandte der Madrider „Regierung“ erschien. Die Begrüßungsansprache hielt bei dieser Gelegenheit der Schauspieler Broucek, der seine Genossen mit erhobener Faust willkommen hieß. Weiter: Vor einiger Zeit weilten hunderte tschechischer Lehrer in der Sowjetunion, um sich „weltanschaulich“ zu schulen!! Vertreter bolschewistischer „Geistigkeit“ werden durch tschechische

Staatspreise geehrt. Die Auslagen der offiziellen Regierungsbuchhandlungen sind voller kommunistischer Literatur. Wenn man das alles bedenkt, dann weiß man, was man davon zu halten hat, wenn der Ministerpräsident Hodza behauptet, Prag sei ein „Vollwerk gegen den Bolschewismus“. Der „Venkov“ hat kürzlich einmal mit erstaunlicher Offenheit die wahre Lage geschildert; er schrieb u. a.: „Es läßt sich nicht wegleugnen, daß der Kommunismus auf diesem Gebiet mehr als gut organisiert ist, daß vor ihm Kapitulation wird und kein Mensch den Mut hat, die einseitige, tendenziöse und zerfetzende Kulturmassia zu zer schlagen.“

Natürlich ist auch die Außenpolitik Prags völlig bolschewisiert. Schon oft haben Beneš, Hodza, Krejča und andere Würdenträger des Staates auf die enge Zusammenarbeit zwischen Prag und Moskau verwiesen. Und erst kürzlich hat General Luža es für richtig gehalten, der Roten Armee seine Bewunderung auszudrücken und sie als einen Faktor des Friedens hinzustellen und zu versichern, daß die Tschecho-Slowakei stets „Seite an Seite mit der Sowjetunion“ stehe. Am 8. April 1935 besichtigten unter Leitung Lawroffs Sowjetflieger die Anlagen der tschechischen Flugindustrie. Bei der Erwidderung dieses Besuches im Mai 1935 durch tschechische Flieger besprach man die militärische Fluglinie Prag-Kiew. Im gleichen Monat wurde durch den tschechischen General Fayfr den Sowjets die Benutzung tschechischer Flugplätze zugesagt. Eigens für die Sowjetluftflotte sind inzwischen Flugplätze gegen Deutschland, Polen, Ungarn und Oesterreich angelegt worden! Im Juni 1935 besichtigten rote Generalstabsoffiziere die Besichtigungen an der slowakisch-ungarischen Grenze, an der inzwischen Sowjettruppen garnisoniert worden sind. Zur gleichen Zeit fanden in Pilsen Verhandlungen über die durch die Sowjets herbeizuführende Motorisierung der tschechischen Armee statt. Seit dem Herbst 1935 besuchen tschechische Offiziere regelmäßig die Sowjetunion. Anfang 1938 hat das Prager Verteidigungsministerium vier sowjetische Offiziere als Instrukteure in die tschechische Armee übernommen. Dem Informationseferat des Verteidigungsministeriums wurde der Sowjethauptmann Kossaroff zugeteilt. Der rote Major Pjotrsky leitete im Februar d. J. eine Fliegerausübung. Im Januar d. J. trafen in Kofchau zwei rote Fliegeroffiziere, Major Wolfsky und Hauptmann Lazarowsky ein. Um dieselbe Zeit quactierte man 24 Sowjetoffiziere unter Führung des bolschewistischen Obersten Pucubowsky in der Kriegsschule in Budanah ein. Acht dieser Offiziere sind zur Verfügung des Generalstabes dem Kriegsministerium zugeteilt worden, zwei sind zum Prager Flugplatz Kbely, zwei als Funkeroffiziere zu den Nachrichtentruppen abkommandiert worden. Zwei rote Offiziere leiten den Bau des neuen Senders Besterze Banya. Sechs rote Offiziere unter dem Sowjetmajor Klig sind in Brünn tätig, zwei in Reichenberg und je einer in Komotau und Dux. Der rote Divisionsgeneral Wotruba ist der Kommandeur aller Sowjetoffiziere in der Tschecho-Slowakei. 48 neue Offiziere trafen dann im Mai d. J. aus der Sowjetunion in Mähr.-Ostrau ein, von denen vier zur Prager Kriegsschule abkommandiert worden sind. Am 26. Juli d. J. besuchte der Chef der Sowjetliegerei, General Aleksnis, Prag und brachte als kleine „Aufmerksamkeit“ die neuesten Giftgase der Roten Armee mit, um die Tschechen in deren Gebrauch zu unterrichten — selbstverständlich nur, um des Weltfriedens willen! In der tschechischen Kriegsindustrie arbeiten neben dem roten Ingenieur Menzer von der Sowjetmunitionsfabrik „Dynamitka“ 12 rote Spezialisten. Die Bahn- und Straßenbauten in der Slowakei stehen zum Teil unter sowjetischer Leitung. Prag ebnet dem Bolschewismus den Weg nach Europa! Alle Dementis können das rote Gesicht Prags nicht mehr verdecken!

Friz Köpfer.

---

„Die Polen sterben gern für ihr Vaterland, sind aber selten gewillt, für es zu arbeiten und zu leben. . . Der Bericht von den gewaltigen Taten ihrer Vorfahren, wie er von ihren führenden Geschichtsforschern zusammengestellt worden ist, macht die frühesten polnischen Helden zu blinden Passagieren auf Noahs Arche.“

van Loon („Du und die Erde“ 1935)

# Offland-Chronik

## Deutsch bleiben!

Der Leiter der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in Polen, General superintendent Bursche, ist ein Sohn deutscher Eltern und ein Feind des Volkstums, dem seine Eltern angehört haben. Er hat, sowohl unter russischer wie unter polnischer Herrschaft, seine kirchliche Würde durch die Verleugnung seines Volkstums erkaufte. Er hat als Mensch viel mehr verloren, als er als Würdenträger jemals zu gewinnen vermocht hat. Er ist Renegat und er hat den polnischen Protestantismus, der ihn als seinen Führer anerkennt, mit dem Makel des Renegaten befleckt. Sein Ziel ist die Polonisierung des lutherischen Volkstums in Polen. Durch das Gesetz vom 27. November d. J., das die Freiheit der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses beseitigt hat, sieht er sich seinem Ziel um eine entscheidende Etappe näher gebracht, da es ihm die Aussicht eröffnet, die deutschen Gemeinden mit Hilfe polnisch-katholischer Behörden unter seinen Willen zu zwingen. Die deutschen Pastoren haben zu dem Gesetz mit folgender Erklärung Stellung genommen: „Ein jedes deutsche Glied unserer Kirche empfindet heute die Schwere und Not der gegenwärtigen kirchlichen Lage. Allorts hört man die bange Frage: Was nun? Von verschiedenen Seiten wird die Lösung ausgegeben, die Kirche zu verlassen. Wir gestehen, daß auch wir mit diesem Gedanken ernstlich ringen mußten. Je länger wir jedoch dieser Möglichkeit nachgingen, desto deutlicher wurde uns, daß der Austritt aus unserer Kirche im Augenblick Fahnenflucht bedeuten würde. Es ist nicht schwer, der Kirche, deren Ordnung uns nicht zusaßt, den Rücken zu kehren; das entscheidet die Schwere, dafür aber Richtigeres ist es, auf dem Posten auszuharren, und den Kampf um die Güter des Glaubens und des Volkstums weiter zu führen. Dem darf niemand aus dem Wege gehen, handelt es sich doch hier um die Kirche, die unsere Väter unter großen Opfern erbaut und erhalten haben. In ihr haben wir Heimatrecht! Hier stehen wir und hier bleiben wir! In ihr behaupten wir uns als das, was wir sind und bleiben wollen: als deutsche Lutheraner! Allen Glaubens- und Volksgenossen rufen wir deshalb zu: Fest und jeherst recht

in der Kirche bleiben und deutsch bleiben! Gott, der uns so, wie wir sind, erschaffen und bisher behütet und gesegnet hat, wird uns, wenn wir treu bleiben, auch in Zukunft nicht ungesegnet lassen. Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein!“ Aus dieser Erklärung spricht ein entschiedener Wille zur völkischen Behauptung. Die Zukunft wird lehren, ob das Recht des Volkstums sich in einer von einem Renegaten geleiteten Kirche gegen die Gewalt des Staates zu behaupten vermag. Ist das nicht der Fall, dann wird die jetzt zurückgewiesene Lösung, die Kirche zu verlassen, von den deutschen Lutheranern wieder aufgegriffen werden müssen. Das Volkstum steht über der Kirche.

## Dr. Dbiß und die Masuren

In dem ohne Volksabstimmung vom Reiche abgetrennten Soldau gibt es eine „Polnisch-masurische Vereinigung“, die zur Zeit etwas über 100 Mitglieder zählt. Sie versucht ihren Mitgliederstand dadurch zu heben, daß sie den ihr beitretenden masurischen Bauern des Soldauer Ländchens bevorzugte Berücksichtigung bei der Aufteilung des deutschen Grundbesitzes verspricht. Allmonatlich findet eine geschlossene Zusammenkunft der Mitglieder und eine öffentliche Werbekundgebung statt. Der Vorsitzende der Vereinigung ist ein Lehrer Mallek, der in Soldau auch einen masurischen Gesangsverein mit zur Zeit etwa 20 Mitgliedern organisiert hat. Als Geschäftsführer ist ein gewisser Gustav Leiding tätig, der sich im Jahre 1933 vor dem Zugriff der deutschen Gerichte in Polen in Sicherheit gebracht hat. Am 8. September d. J. hat in einer Versammlung der Vereinigung ein Dr. Dbiß aus Warschau einen Vortrag über die polnischen Volkspolizisten in Deutschland gehalten.

Es handelt sich bei diesem Redner offenbar um den bis zum Jahre 1934 in Berlin lebenden Dr. Kurt Dbiß, der damals Assistent an der Berliner Tierärztlichen Hochschule war. Bereits im Jahre 1926 trat Dbiß in der „Gazeta Naszyna“ einmal mit einem von Unwahrheiten und schwersten Beleidigungen der treudeutschen Bevölkerung Masurens strotzenden Artikel hervor. Später wurde er der Leiter eines etwa ein Duzend Mitglieder zählenden Vereins, der unter dem Namen „Zentralrat des Masurenbundes“

für sich beanspruchte, als die allein wahre und echte Vertretung des Masurenentums angesehen zu werden, und unter der Schiffsleitung des Obis auch eine zunächst hektographierte, seit Anfang 1931 gedruckte Zeitschrift unter dem Titel „Ged“ herausgab, die in Berlin erschien und an alle möglichen Anschriften verschickt wurde. Der sogen. „Masurenbund“, in dessen „Zentralrat“ Obis den Vorsitz führte, war ein aus dem Jahre 1924 stammendes tosgedorenes Kind polnischer Drahtzieher, die durch vorgeschobene Leute im Kreise Lydt einen Angriff auf die deutsche Gesinnung der masurischen Bevölkerung zu unternehmen versuchten. Aber von dem ganzen Bunde blieb nach kurzer Zeit schon nichts anderes mehr übrig als der „Zentralrat“ in Berlin, der in Masuren selber nicht ein einziges Mitglied aufweisen konnte. Im Jahre 1931 erschien im „Ged“ ein von Obis verfaßtes Gedicht, das die masurische Jugend zum bewaffneten Kampf gegen „die deutschen Unterdrücker“ aufrief. Unter dem Druck der Studentenschaft mußte Obis seinen Assistentenposten verlassen. Er wurde kurz darauf an eine Warschauer Hochschule berufen.

Wess' Geistes Kind dieser Dr. Obis ist, das hat Melchior Wankowicz in seinem Buche „Na tropach smetka“ vertrat, das sich dank seiner ungeschminkten Feindschaft gegen Deutschland eines reifen Abgahes in Polen erfreut, seitdem es vor einigen Wochen das Licht der deutsch-polnischen Verständigung erblickt hat. Dr. Obis ist nach seinen eigenen Worten keineswegs polnischer Abstammung; er stammt aus einem „rein deutschen Bezirk Ostpreußens“. Seine Eltern sind Deutsche gewesen; seine Mutter hat sich neben der deutschen Sprache auch noch eines litauischen Dialektes bedient. Weder Vater noch Mutter haben polnisch gesprochen. Und Obis selber spricht, wie Wankowicz berichtet, auch heute noch ein recht mäßiges Polnisch mit starkem deutschem Akzent. „Er kann es sich selbst nicht erklären, warum er sich in der deutschen Kultur so fremd fühlt“, sagt Wankowicz von ihm. Obis versucht, seine Antipathie gegen das Deutschtum (Gott, wie romantisch!) damit zu erklären, daß er unter seinen Vorfahren irgendeinen Tschachen vermutet, der vor siebenhundert Jahren in der Begleitung Ottokars von Böhmen eine Gastrolle in Ostpreußen gespielt haben soll. Eine Zeit lang hat Obis, wie er selber erzählt, in „pruzzißchem Stammesbewußtsein“ gemacht; dann hat er sich einige Zeit

als Deutscher versucht und schließlich ist er ins polnische Lager hinübergependelt. Daß ein solch' haltloses Gemähs von den Polen als garantiert „echter Masur“ präsentiert wird, kann man nicht anders als eine äußerst geschmacklose Verächtlichmachung der Bewohner Masurens bezeichnen.

Dieselben Verleumdungen, die Obis früher im „Ged“ und in verschiedenen Denkschriften über das deutsche Volkstum Masurens verbreitete, hat er auch in seinem erwähnten Vortrag in Soldau wiederholt. Er sprach dort von der angeblichen Unterdrückung der Polen (und Masuren) in Deutschland. Um diese Behauptung glaubhaft zu machen, erfindet er die Geschichte eines in Ostpreußen lebenden Studienrates namens Piontkowski, dem wegen seines masurischen Namens fortgesetzt dienstliche Schwierigkeiten gemacht worden seien und der erst, nachdem er seinen Namen in „Freitag“ habe abändern lassen, zum Direktor eines Progymnasiums ernannt worden sei. Dazu ist zu sagen: Es hat in Ostpreußen keinen Studenterrat Piontkowski gegeben, und es ist daher kein Studenterrat dieses Namens in „Freitag“ umgetauft worden. Wohl aber gibt es am Gymnasium in Marienwerder einen Studenterrat Piontek, der aus Polen vertrieben und dem noch niemals nahegelegt worden ist, seinen Namen zu ändern. Das deutsche Volk hat es nicht nötig, die masurische Bevölkerung zu „germanisieren“, wie Dr. Obis behauptet. Diese Bevölkerung bekennt sich ohne Ausnahme zum Deutschtum. Wohl aber gibt es in Masuren immer wieder Versuche von polnischer Seite, auf allen möglichen krummen Wegen mit einer hinterhältigen Polonisierungpropaganda Eingang in die Bevölkerung zu finden. Und wohl wird im Soldauer Ländchen, wie u. a. auch die Tätigkeit der „Polnisch-masurischen Vereinigung“ beweist, eine mit materiellen Lockungen arbeitende Polonisierungsfaktion unter den dortigen Masuren betrieben.

### Ein literarischer Heßer und Wechselsälcher

Einer der berühmtesten Deutschenheßer in Polen, der Herausgeber der Rybniker „Katholischen Volkszeitung“, Artur Trunkhardt, stand kürzlich in Katowisz vor Gericht. Nebemals hatten sich die polnischen Amtsstellen bereits den Anschein gegeben, als ob ihnen daran gelegen wäre, diesen üblen Zeitgenossen wegen seiner fortgesetzten Pöbeleien gegen den Führer und das Dritte Reich zum Schweigen zu bringen. Bezeichnender-

weise wurde Trunkhardt aber jetzt nicht wegen seiner journalistischen Tätigkeit, sondern wegen seiner anrüchigen Geschäftsmoral zu Gefängnis verurteilt. In einer Verhandlung vor dem kantonischen Appellationsgericht konnte folgendes festgestellt werden: Trunkhardt hatte sich mit Hilfe eines gefälshen Wechslers bei der Kommunalen Sparkasse in Rhywil einen Betrag von 370 Floty besorgt. Er hatte von zwei Eisenbahnbeamten, die durch seine Schuld auf die schiefe Ebene gekommen waren, Geld erpreßt. Einen Landwirt, der inzwischen Selbstmord begangen hat, hatte er dazu überredet, sein Haus anzuzünden, um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu setzen; außerdem hatte er denselben Landwirt dazu veranlaßt, seine schwer kranke Frau durch die Verabreichung von Morphinum aus dem Wege zu schaffen. Einen Bäckermeister hatte er durch das Versprechen, ihm mit Hilfe seiner guten Beziehungen zur Wägenwäldschafteverwaltung einen größeren Kredit zu besorgen, um einige hundert Floty betrogen. Auf dieselbe Weise hatte er eine Witwe, der er eine Rente zu besorgen versprochen, um ihre Ersparnisse gebracht. Trunkhardt wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, doch braucht er die Strafe, die unter die Amnestie fällt, nicht abzustoßen. Er kann also auch weiterhin gegen Deutschland in Polen helfen, denn es gibt in Polen anscheinend keine Möglichkeit, so unerfreulichen Erscheinungen wie Trunkhardt das Handwerk zu legen.

#### Abgetretene Gebiete und Ernährungsgrundlage

Reichsbankpräsident Dr. Schacht stellte in einer Rede, die er am 9. Dezember aus Anlaß der Jahreshundertfeier des Vereins für Geographie und Statistik in Frankfurt (Main) hielt, u. a. folgendes fest: „Durch den Krieg hat Deutschland 10 v. H. seiner Bevölkerung, aber 13 v. H. seiner Fläche verloren. Es sind in erster Linie landwirtschaftliche Ueberschußgebiete, die Deutschland hat abtreten müssen. Bezieht man die prozentuale Berechnung lediglich auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche, so beträgt der Verlust sogar 14,2 v. H., und bezieht man sie auf das Ackerland, so beträgt der Verlust 15,4 v. H. des gesamten deutschen Ackerlandes. Es ist ganz eindeutig zu beweisen, daß, wenn das Deutsche Reich noch in seinen Vorkriegsgrenzen bestände, die Ernährungslage des deutschen Volkes nicht nur gesichert, sondern

daß darüber hinaus eine Mehrezeugung an Getreide und Kartoffeln möglich wäre, die auch die Futtermittelnot, unter der Deutschland heute leidet, praktisch beseitigen würde. Beseitigung der Futtermittelnot besagt, daß auch Eier und Fett in einem solchen Mehrertrag erzeugt werden könnten, daß von einer Ernährungsnotlage nicht mehr gesprochen zu werden brauchte.“ Dr. Schacht wies darauf hin, daß er diese Betrachtung über die abgetretenen Gebiete natürlich nicht angestellt habe, um irgendwelche kriegerische Revancheideen daraus zu folgern, sondern um darauf aufmerksam zu machen, daß die Versailler Gebietsverluste Deutschland an einem Punkte getroffen haben, der, wenn nicht Abhilfe geschaffen wird, mit Naturnotwendigkeit ein revolutionierendes Element der europäischen Lage bleiben werde. Als einen Ausweg aus dieser Lage bezeichnete Dr. Schacht die Zuteilung kolonialen Raumes an Deutschland. Er stellte bei dieser Gelegenheit fest, daß Deutschland mit seinen 140 Einwohnern auf den Gebietskilometer in weit dringenderem Maße der Erweiterung seiner Rohstoff- und Nahrungsmittelbasis durch Kolonien bedürfe als etwa Polen, dessen Hilfsbedürftigkeit von englischer Seite anerkannt worden sei, obwohl es auf den Gebietskilometer nur 82,7 Einwohner zähle. Dr. Schacht hat hier auf eines der dringendsten europäischen Probleme verwiesen: Daß Deutschland zusätzlichen Wirtschaftsraum braucht, ist eine Tatsache, gegen die es keine Einwände gibt. Es ist auch klar, daß sich der berechnete Anspruch Deutschlands auf eine Ausweitung seiner Ernährungs- und Rohstoffbasis in demselben Maße, in dem seine überseeische Expansion durch die Habgier der Besizenden oder durch die konkurrierenden Forderungen anderer Staaten, etwa Polens, behindert oder beschränkt wird, naturnotwendig in anderer Richtung auswickeln muß.

#### Studenten im Hungerstreik

Seit Jahren tobt an den Hochschulen Polens ein erbitterter Kampf gegen die Juden. Seit Jahren wird durch diesen Kampf der Lehrbetrieb der Hochschulen empfindlich gestört. Es vergeht kaum ein Monat, ohne daß die Hochschulen geschlossen werden müssen, ohne daß die demonstrierenden Studenten die Hochschulgebäude besetzen und die Juden aus den Hörsälen prägen, und ohne daß es zu blutigen Ausschreitungen kommt, zu deren



Niederwerfung Polizei und Feuerwehr eingeseht werden müssen. Der Kampf hat bereits einige Tote und zahlreiche Verletzte gekostet. Man hat sich an dieses Bild demonstrierender und randalierender Studenten, das wohl die Judenfrage zum Gegenstand hat, aber in Wirklichkeit nichts anderes als ein immer wieder aufflackernder Aufstand der akademischen Jugend gegen das herrschende Regierungssystem ist, allmählich gewöhnt. Es kann als sicher gelten, daß sich die antisemitischen Studenten einmal durchsetzen werden, und zwar nicht nur gegenüber den Juden, sondern auch gegenüber der — Regierung.

Die Wilnaer Studentenschaft hat kürzlich in den Kampf um die polnischen Hochschulen eine neue Note gebracht, indem sie in den Hungerstreik trat. 1400 Studenten setzten sich im Studentenhause fest und sperren sich von der Außenwelt ab. Die ganze Stadt wurde von dem Fieber des „passiven Aufstandes“ erfaßt. Die polnische Bevölkerung brachte ihre Sympathie mit den streikenden Studenten durch Aufmärsche und Demonstrationen zum Ausdruck. Ehemalige Universitätsrektoren schalteten sich ein. Die Mütter der Studenten riefen den Marschall Rydz Smigly um Hilfe an. Der Erzbischof von Wilna und General Jeligowski, der seiner Zeit im Auftrage Pilsudskis die Stadt überfiel und für Polen besetzte, bemühten sich um eine Beilegung des Kampfes. Angesehene Wilnaer Frauen fuhrten nach Warschau, um beim Kultusminister zu interpellieren. Aus den Fenstern ihres Hauses grüßten die Studenten die Wilnaer Bürger, die ihnen Sympathiekundgebungen darbrachten, mit dem faschistischen Gruß. Von den Demonstranten wurden im Lakte der Marschmusik die Fensterscheiben jüdischer Geschäfte zerteümmert; die Polizei wurde mit Steinen beworfen; dabei gab es wieder zahlreiche Verletzte. Erst nach mehreren Tagen entschlossen sich die Studenten, den Streik abzubrechen, nachdem ihnen der Rektor der Universität gewisse Zusicherungen (allerdings mit Vorbehalten) gegeben hatte. Diese Zusicherungen beziehen sich auf folgende Punkte: Die jüdischen Studenten sollen auf Grund einer mit den polnischen Studenten abzuschließenden Vereinbarung in den Hörsälen getrennte Plätze einnehmen; die Frage der jüdischen Assistenten und Dozenten soll mit Ablauf des Studienjahres im Sinne der Studenten gelöst werden; und die gegen die Streikteilnehmer eingeleiteten Verfahren sollen eingestellt werden, soweit keine Verstöße gegen

die Strafgesetze vorliegen. Moralisch haben die Studenten gestiegt und haben die polnischen Behörden eine Niederlage erlitten.

#### Der Deutsche Gruß wird bestraft

Am 17. September d. J. hatten sich in Lipine (Ostoberschlesien) bei der Beerdigung eines deutschen Volksgenossen einige Trauergäste von ihrem Kameraden mit dem Deutschen Gruß verabschiedet. Polnische Polizeibeamte hatten das bei ihrer vorgefundenen Stelle gemeldet und sechs junge Deutsche erhielten daraufhin ein Strafmandat über 10 Zloty. Wegen diese

Verletzung wurde die polnische Einpruch erhoben. Die Königshütter Strafammer aber bestätigte nicht nur die Entscheidung der Schwientochlowitzer Starostei, sondern setzte die Strafe von 10 auf 20 Zloty bzw. 4 Tage Haft herauf. Nach Ansicht des Gerichtes ist der Deutsche Gruß in Polen also eine strafbare Handlung. Vor einiger Zeit war ein Deutscher, der derselben „Vergehens“ angeklagt worden war, von der Kattowitzer Strafammer freigesprochen worden. Diese widersprechende Behandlung gleichgelagerter Fälle ist ein kleines Beispiel für die Rechtsunsicherheit, der die deutsche Volksgruppe in Polen ausgesetzt ist.

#### Bandenführer Lorz wieder aktiv

In Lipine fand am 29. November eine Vorstandssitzung der Gewerkschaft deutscher Arbeiter statt. Gegen 11 Uhr drangen drei Mitglieder einer polnischen Bandenorganisation, unter ihnen der bekannte Bandenführer Johann Lorz, in den Sitzungsraum ein. Einer der polnischen Anwesenden zerstückte zunächst seinen Stuhl auf den Tisch, an dem die Deutschen saßen, und versetzte dann dem Vorsitzenden der Gewerkschaftsgruppe, Paul Messalla, einen Schlag über den Rücken. Um nicht, wie es in vielen anderen Fällen geschehen ist, wegen „Ruhestörung“ usw. gerichtlich belangt zu werden, verließen die Deutschen den Raum. Lorz und seine beiden Bandenmitglieder schimpften, durch die schweigende Mißachtung, die ihrem patriotischem Auftreten entgegengebracht wurde, gereizt, hinter den sich Entfernenden her.

#### Aufständische im Volksbundheim

Am 6. Dezember wurde das deutsche Volksbundheim in Nicolai (Ostoberschlesien) von drei Polen, die sich vorher die entsprechende patriotische Begeisterung angeeignet hatten, überfallen. Den

Anführer spielte der frühere Schuldner und Aufständische Matuzszczyk. Die im Heim versammelten deutschen Jungen und Mädels konnten sich vor den geplanten Gewalttätigkeiten der ungebeten Gäste in Sicherheit bringen. Dem Heimleiter, der auf das Unverlaube des Hausfriedensbruches merkksam machte, erklärte Matuzszczyk: „Für uns Aufständische ist überall der Zutritt frei, und niemand hat uns hinauszurufen“.

### Wahrheit unertöufcht

Am 6. Dezember wurde eine Kundgebung der Jungdeutschen Partei in Schmiegel durch das Eingreifen eines Vertreters der polnischen Behörden gestört. Der Redner, Kolf, beschäftigte sich mit den Bestrebungen des Deutschtums in Polen, ein geordnetes Verhältnis zwischen Volksgruppe und Staat herzustellen. Er wurde in seinen ruhigen und sachlichen Ausführungen von dem Behördenvertreter mehrmals unterbrochen und schließlich an der Fortsetzung seiner Rede gehindert. Auch der zweite Redner, Reichling, wurde von dem Beamten verworrt, als er auf das Mißverhältnis zwischen den verfassungsmäßigen Rechten und der tatsächlichen Unterdrückung der deutschen Volksgruppe hinzuweisen versuchte. Die versammelten Deutschen ließen sich durch das Auftreten des polnischen Beamten nicht aus der Ruhe bringen.

### Neue Senatoren in Danzig

Anfang Dezember wurden mit den 44 Stimmen der Nationalsozialisten im Danziger Volkstag zwei neue Mitglieder des Senates der Freien Stadt gewählt. An die Stelle des im November zurückgetretenen Prof. Dr. Klud ist als Senator für das Gesundheitswesen der Direktor des Städtischen Krankenhauses in Danzig, Obermedizinalrat Dr. Erich Großmann getreten. Die zweite schon seit einiger Zeit freie Senatorenstelle wurde mit Staatsrat Dr. Kurt Schimmel besetzt. Dr. Großmann ist 34 Jahre alt, geborener Danziger, seit 1932 Stadtbürgerchaftsmitglied in Danzig, seit 1933 Staatskommissar für die Krankenanstalten und seit Anfang vorigen Jahres Direktor des Städtischen Krankenhauses und der Staatlichen Frauenklinik. Dr. Schimmel, der 43 Jahre alt ist, stammt aus dem Hannoverschen; er steht seit Gründung der Freien Stadt in deren Diensten, ist vor der Machtübernahme u. a. in der Außenhandelsstelle und im Hafenausschuß

tätig gewesen, hat 1933 als Staatskommissar die Leitung der Handelskammer und der Handwerkskammer übernommen und ist als Staatsrat während der letzten Jahre mehrfach mit wirtschaftlichen Sonderaufgaben, u. a. mit der Wahrnehmung der Danziger Interessen bei den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen betraut worden.

### Bekennnis zum Massenmord

„Das Land ist leider zu klein, um der ganzen Bevölkerung das Auskommen sichern zu können. Wenn diejenigen, die noch etwas haben, mit denjenigen teilen müßten, die nichts haben, würde sich nur die Stellung der ersten verschlechtern. Deshalb müssen wir danach streben, einen Teil der Bevölkerung aufrecht zu erhalten, während wir andere Teile dem Hungertod preisgeben müssen.“ Diese Sätze sind einem Briefe entnommen, den der Gesundheitsinspektor des Tschecho-Slowakischen Roten Kreuzes an die schwedische Ärztin Dr. Lindner geschrieben hat. Der Brief sollte erklären, warum die Prager Regierung nichts unternimmt, um die Hungersnot in den sudetendeutschen Gebieten zu lindern. Mit dieser Deutlichkeit ist sogar von tschechischer Seite selten ein Bekenntnis zum Massenmord abgelegt worden. Es ist verständlich, daß sich Europa die Frage vorlegt, ob ein Staat, der entweder nicht in der Lage oder nicht Willens ist, seine Bürger vor dem Hungertode zu bewahren, eine moralische Existenzberechtigung hat.

### Vorbeer aus Polen

Die Polnische Literaturakademie hat in diesem Jahre einer Anzahl von Ausländern, die sich auf schriftstellerischem oder verlegerischem Gebiete um Polen verdient gemacht haben, den Akademischen Vorbeer verliehen. Unter den Beehrten befinden sich auch drei Deutsche, die Bücher über bezw. von Pilsudski geschrieben bezw. verlegt haben, und zwar Wolfgang Müller, Clemm aus Essen („Dokumente und Erinnerungen“ von Josef Pilsudski, 4 Bände), Dr. A. Loehner aus Berlin (Pilsudski-Biographie) und Dr. P. Diederichs aus Jena („Gefech und Ehre“, Auszüge aus den Scheften Pilsudskis). Dem Erstgenannten ist der Goldene, den beiden Andern der Silberne Vorbeer zuerkannt worden. Und wer küßt mich?

# Bücher über den Osten

**Südostdeutschland.** Ein Beitrag zur Grenzlandzuehung im ostmitteleuropäischen Raum. Von Rudolf Lochnner. Verlag von Julius Bels, Langensalza-Berlin-Leipzig 1936. 167 Seiten. Preis broschiert 2,20 RM. — Die durch ihre sachliche Klarheit und volkstümliche Fassung äußerst wirksame Schrift gliedert sich in vier Hauptteile, die in ihrer Gesamtheit das ganze südostdeutsche Geschehen in Vergangenheit und Gegenwart umfassen. Im ersten Teil werden die siedlungsgeographischen und östlichen Grundlagen behandelt, wird vor allem in nüchterner und überzeugender Eindringlichkeit der nationale Gegner, der Tscheche, geschildert. („Der Tscheche kann sein Volk nicht lieben, ohne die Deutschen zu hassen.“) Der zweite Teil umreißt die Geschichte der Sudetländer und führt deren Hauptentwicklungslinien von der Vorzeit bis zur Gegenwart herauf. Im dritten Teil werden die kulturellen Leistungen des Sudetendeutstums geschildert, seine Pioniertaten auf gewerblichen Gebieten, sein starker Anteil an der geistigen Gesamtleistung Deutschlands und die Grundlagen seiner kulturellen Behauptung in der Gegenwart, vor allem sein Schul- und sonstiges Bildungswesen. Schließlich ist im vierten Teil vom tschechischen Vernichtungskampf gegen das Deutsche und von dessen Abwehr die Rede. So wird auf gebändigtem Raum ein plastisches Bild vom Werden und Bestehen der größten deutschen Volksgruppe entworfen, die heute unter fremder Herrschaft zu leben gezwungen ist. Deutschland ist größer als das Deutsche Reich; das Reich in seinen verengten Grenzen ist nur dann gesichert und stark, wenn die Deutschen vor den Grenzen ungehindert als Deutsche zu leben vermögen; und es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, daß es möglich sei, die Sicherheit des Reiches durch die Preisgabe der in fremden Staaten lebenden deutschen Volksguppen erkaufen zu können. Zu diesen Erkenntnissen will die Schrift von Lochnner erziehen. Dr. K.

**Johann Gottfried Frey und die Entschlung der preussischen Selbstverwaltung.** Von Dr. Theodor Winkler. W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart und Berlin 1936. 191 Seiten. Der Verfasser gibt in dieser Monographie des Königsberger Polizeidirektors Frey (1762—1831) einen umfassenderen Rahmen, indem er das engere Problem in die allgemeine Entwicklungslinie des Kampfes städtischer Freiheit und staatlicher Autorität aus altpreussischem Boden hinein stellt. Eine umfangreiche Einleitung schildert die Beziehung von Stadt und Staat seit den Tagen des Ordens und mündet in eine klare und ausgezeichnete Analyse dieses Verhältnisses im Jahrhundert des preussischen Absolutismus. Auf diesem Fundament erst erhebt sich die Schilderung von Freys Entschlung und Wirken. Dann legt der Verfasser in kluger Betrachtung auseinander, wie die Mäße des

Krieges von 1806/07 mit ihrer Schwächung der staatlichen Macht und den vermehrten finanziellen Anforderungen eine gesteigerte bürgerliche Anteilnahme am städtischen Leben hervorgerufen und damit den Boden für die Verwirklichung der Steinschen Ideen vorbereitet. Höhepunkt und Abschluß der Untersuchung bildet die Darlegung des Freyschen Entwurfs städtischer Verfassung und seiner übrigen Anteilnahme am Reformwerk der Jahre 1807—12. Das Buch ist auf ausgezeichneten und genauen Aktenuntersuchungen aufgebaut. Indessen vermag der Leser sich nur unter mancherlei Schwierigkeiten durch die Darstellung hindurchzuarbeiten. Berechtigt sucht er nach zusammenfassenden Schlußfolgerungen. Nicht ganz befriedigt ferner die Darstellung der politischen Gestalt Freys. Für die Jahre des Freyschen Aufstiegs fehlt bei der Wiedergabe der oft gegensätzlichen Entscheidungen, die er bei seiner Tätigkeit in Stadtrichter und Magistrat Königsbergs traf, und bei der Aufzählung seiner Äußerungen die klare Deutung seiner politischen Grundhaltung. Auch für die späteren Jahre hätte das vorhandene Quellenmaterial tiefere Schlässe über Freys politisches Denken erlaubt; namentlich bei der Gegenüberstellung der Steinschen Pläne und des Freyschen Entwurfs der Städteordnung wäre ein umfassenderer Einblick in seine Anschauungswelt möglich gewesen. Stein kam es darauf an, im Interesse der Belebung des Staates die bürgerlichen Kräfte zu entwickeln und einzusetzen. Frey dagegen sah die Selbstverwaltung mit dem praktischen Blick des Stadtbeamten allein unter dem Gesichtspunkt einer brauchbaren Ordnung der Kommune. Stein wollte die Bürgerschaft und ihre Vertretung in den Vordergrund stellen, Frey dagegen den Magistrat, dem er nach oben und unten hin stärkere Machtbefugnisse geben wollte. Der Gegensatz öffnet den Einblick in das Wesen Freys, eines praktischen Bürokraten, der seine politischen Ansichten im wesentlichen nicht aus allgemeinen Ideen, sondern aus den realen Anforderungen des umgrenzten Raumes, in dem er tätig war, entwickelte. In dieser Richtung hätte sich noch manches über Freys Persönlichkeit sagen lassen. Zweifelhaft bleibt es schließlich, ob die moralischen Betrachtungen, die der Verfasser aus späteren Reden Freys (nach 1816) heranzieht, für dessen praktisch-politisches Wirken um 1806 die Bedeutung gehabt haben, die Theodor Winkler annimmt. J. F.

**Dominium. Roman aus Schlesien.** Von Erwin Peter Gloe. Albert Langen-Georg Müller Verlag, München 1936. 248 Seiten. Preis 4,50 RM. — Ganz anders als etwa der junge ostpreussische Schriftsteller Graf Finckenstein, der in seinem Roman „Finckenstein“ das Leben eines ostpreussischen Gutshofes schildert, geht dieser junge schlesische Schriftsteller an die Darstellung des Lebens auf einem

schleßlichen Dominium heran. Dort der Gutshof, der die Verschiedenheit sozialer Klassen zu einer lebendigen Gemeinschaft verbindet, hier das Dominium, das den Herrn und die Knechte in sozialer Feindschaft gegeneinander stellt. Dort heimatliche Verbundenheit, hier entvouertes Knechtum und innerlich unfreies Herrenum. Das Dominium hat die alten Bauernhöfe geschluckt. Die Großgüter der Knechte, die auf ihm arbeiten, saßen noch als Bauern auf dem Land, das heute dem Grafen gehört. Die Arbeit der Knechte steht unter dem Zwang der schnellen Gutsgläde und der antreibenden Aufseher. Ihr Leben ist arm, roh, gedrückt und ohne Freude. Aber in ihnen lebt die dumpfe Sehnsucht, Bauer zu sein, auf eigenem Felde zu arbeiten, mit eigenen Tieren zu pflügen, in eigenem Hause zu leben; es lebt in ihnen das dumpfe Gefühl eines Unrechtes, das ihnen das Dominium angetan hat. Diese unfreie, freudlose Atmosphäre, die über den Menschen des Dominiums liegt, wird von Eloje in starken Farben geschildert. Er schildert die menschliche Seite eines wirtschaftlichen Problems, ohne zu einer Lösung zu gelangen, die die seelische Haltung entwertet und verhindert Bauer, ohne zu einer Entspannung zu kommen. Eloje findet keine Gestalt, die das gewaltsame Gefüge des Dominiums zu sprengen vermöchte, nur einen harten und feiner selbst nicht sicheren Herrn, träge und widerspenstige Knechte und einen Schwätmer, der einen Glauben, aber keine Fähigkeiten besitzt. Er nimmt, wie er selber in einem Nachwort schreibt, nicht für sich in Anspruch, eine Lösung zu wissen; er will nur schreiben als ein junger Mensch, „der Unrecht sieht und Unfreiheit deutscher Menschen erlebt, wo Freiheit und Recht herrschen könnten“. In einem hat er sicherlich Recht, daß das Dominium eine ländliche Wirtschaftsverfassung repräsentiert, die der deutschen Weisensart widerspricht. Dr. R.

**Erinnerungen.** Von Elard von Odenburg-Januschau. Verlag Koehler und Amelang, Leipzig 1936. 230 Seiten. Preis Ganzleinen 5,80 RM. — Der „alte Januschauer“ gehörte in der Kaiser- wie in der Epsienzeit zu den bekanntesten Männern der politischen Rechten. Er war, je nach der politischen Einstellung seiner Zeitgenossen, als reaktionärer Junker, als großer Klob, als erfolgreicher Großgutsbesitzer, als Expreuße und als Königs-treuer Konseruator ebenso beliebt wie verhaßt. Man mag zu den politischen und sozialen Auffassungen, die er im Bund der Landwirte und in den Parlamenten vertrat, stehen wie man will, man wird zugeben müssen, daß er ein Kerl war, der Haltung bewies, der Zivilcourage besaß und der seine Gegner, zu denen alle Repräsentanten des Parlamentarismus gehörten, auf die Hörner zu nehmen verstand. Er war einer der führenden Köpfe des ostdeutschen Großgrundbesitzes und spielte durch die Schroffheit und Trefflichkeit seines Urteils in manchen schwierigen innerpolitischen Situationen der Vorkriegszeit eine mitbestimmende Rolle, ob-

wohl er niemals einer der Berliner Zentralbehörden angehört hat. In dem vorliegenden Buch berichtet er über sein Leben als Soldat, Landwirt und Politiker. Denen, die Indiskretionen und Diskretionen von ihm erwarten, rät er von vornherein, sein Buch nicht zu lesen, da er nicht die Absicht hat, sie zufrieden zu stellen. Doch teilt er viel aus seinen politischen Reden und seinen Unterhaltungen mit führenden Politikern der Vorkriegszeit und der Kriegszeit mit, Reden und Unterhaltungen, die immer wieder die Eigenheit und Startheit seiner Haltung in nationalen und verfassungsrechtlichen, in wirtschaftlichen und sozialen Fragen hervortreten lassen. Das Buch schließt ab mit seinem letzten Auftreten im Reichstag, wo er im Jahre 1930 die Affäre der verhafteten Ulmer Offiziere zum Anlaß nahm, um vor der Befehle einer moralischen Zersetzung der Reichswehr durch die damaligen verantwortlichen Stellen zu warnen. Zu der Entwicklung seit 1933 äußert er sich nicht. Man kann das von ihm nicht erwarten.

Dr. R.

**Spanien im Umbruch.** Die räumlichen und geistigen Grundlagen der spanischen Wirren. Von Dr. Johannes Stöge. Verlag B. G. Teubner, Leipzig und Berlin 1936. 97 Seiten. Mit 9 Kartenstiften. — Heft 2 der Hefte zum Weltgeschehen, Macht und Erde, herausgegeben von Dr. Karl Haushofer und Dr. Ulrich Erdmer. Preis 1,40 RM. — Vom Raum, Blut und Geist ausgehend, verfaßt der Verfasser, unter Berücksichtigung der Geschichte das spanische Staatsdenken und den Charakter des Spaniers darzustellen. Des knappen Raumes wegen mußte er sich mit einer skizzenhaften Darstellung begnügen. Wenn man von der ungeschickten Wiedergabe der vielen Zitate und Hinweise absteht, muß man den Versuch des Verfassers als gelungen bezeichnen. Die Entwicklung des spanischen Individualismus tritt deutlich hervor. Die vernichtende Einwirkung französischer Einflüsse läßt die eigentümlich-fremde Stellung Spaniens und seiner Bewohner zu Europa erkennen. Die selbst für spanische Verhältnisse umfangreichen und ununterbrochenen Wirren des 19. und 20. Jahrhunderts entspringen den weisensfremden Verfassungen und dem Parlamentarismus. Die große Aueinanderetzung, die gerade jetzt Spanien erschüttert, wird in ihrer grundsätzlichen Bedeutung untersucht. Auch der Hispanoamerikanismus, der in neuerer Zeit die allgemeine Aufmerksamkeit erregt hat, wird in seinen Grundzügen dargestellt. Stöge gibt mit seiner Schrift jedem, der sich mit den spanischen Fragen beschäftigen will, gedankenvolle Anregungen. KOB.

**Die Ostdeutsche Lebenswende Friedrichs des Großen.** Von Dr. Kurt Hinz. Verlag von Julius Beltz, Hohenfels-Berlin-Leipzig, 1935. 52 Seiten. Preis 0,80 RM. — Ein bekanntes Thema wird hier noch einmal behandelt: die Kritiker Festungshaft des jungen Friedrich, die Zeit, in der sich die innere Wandlung des Königinen zum Preußen vollzog, die ihn reif machte, die geschäftliche Aufgabe, die ihm im Osten gestellt war, zu vollenden. R.



# Ostland



**Inhalt:** Polen will führen · Im Zeichen der Verständigung · Das polnische Regierungslager  
Kulturelle Anleihenpolitik · Mißachtung des Elternrechtes · Der Weg zum Bolschewismus · Chronik

## DEUTSCHE BANK UND DISCONTO-GESELLSCHAFT

Hauptsitz Berlin

Niederlassungen an 276 Plätzen des In- und Auslandes

Schnelle und zuverlässige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte  
Eröffnung von Sparkonten gegen Ausgabe von Bankparbüchern

## Johs. Heitmann

Lübeck, Fischergroße 72. Ruf 26445

**Metall- und Textilabfälle aller Art,  
Papier-Abfälle, Skripturen, Akten**

unter der sicheren Gewähr des Einstampfens

## Karl Nohring

G. m. b. H.

### Insterburg

● Hotel Goldene Weintraube ●

Zittau i. Sa.

Verkehrslokal des Bundes

Preiswerter Mittagstisch  
Freudenzimmer

**Otto Kröder, Tischlermstr.**

Sontenberg N. L., Hais. Friedr.-Str. 27

führt Bestattungen aus für den  
Bund Deutsch. Osten. Ruf 282

## MÖBEL

KAMERLING, BERLIN  
N, Kastanienallee 58  
Kasse u. Teilzahlung

Werdet  
Mitglied  
der NSV.

**Carl Pohl, Guben**

Postschließfach 101

Herren-, Anzug-  
Paletot, Hosen-  
Damen-, Mantel-  
Complet-, Kostüm-  
Kleider-, Rock-

# Stoffe

Muster franko!

**Hotel Hoeritzsch**  
Breslau A. Harnackstr. 14, an Hauptbahnhof  
Wein- u. Bier-Restaurant, Gesellschaftsräume  
Moderne Fremdenzimmer mit fl. Wasser und  
Rauch-Telefon, Lift, Garagen. Gute Küche  
und aufmerksam. Bedienung. Verkehrs-  
lokal des Bundes der Ost- u. West-Preußen

Wir bitten unsere Bezieher, diese  
Inserate besonders zu beachten!

Fabrik für:  
**Abzeichen aller Art**

Medaillen u. Plaketten  
Schieß- u. Sportpreise

**Glaser & Sohn, Dresden, Borg. 5**

## Jedes Buch

Jede Zeitschrift liefert

Riedel, Buchhandlung  
Forst/Lausitz, Cottbuserstraße 17

RUDOLF SCHRICKER

## Das Ende von Versailles

Mit 34 Abbildungen

Der Welt von Versailles, die  
Quelle der Verelendung Europas,  
mußte aus dem deutschen Hofe  
verschwinden, um das friedliche  
Aufbaugesetz Adolf Hitler's nicht  
zu gefährden. Rudolf Schricker,  
der bekannte Autor geschicht-

politischer Werke, enthält mit  
scharfsinniger Offenheit den  
Rückgangsweg zum Welt, die  
eizige Wiedergeburt und Weltaus-  
forderung deutscher Lebensinter-  
essen und beweist mit unumwid-  
erlegbarer Sachlichkeit, daß nicht  
das deutsche Volk, sondern die

alliierten Mächte selbst das Di-  
tut von Versailles gebrochen und  
illusorisch gemacht haben. In 100  
pafenden Aufnahmen, die einer  
friedlichen Welt das friedliche  
Deutschland gegenüberstellen, zeigt  
sich das wahre Gesicht  
des heutigen Europa.

Preis kart. 2.55 RM.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den

**Verlag Dr. Friedr. Osmer, Berlin SW61, Lantwischstr. 2-3**

Buchhandlung  
**P. Schweitzer Nachf.**

Beyer & Frommer

Breslau 5, Tauentzienplatz 9

Großes Lager in Büchern  
aller Art

Karten der Landesauf-  
nahme \* Autokarten

**Flüte · Mützen**  
modern · gut · preiswert  
**Servatius Böhm** Schweißhüter Str. 4/32  
gegr. 1865

**Uhren - Schultze**  
Breslau I, Junkerstr. 12  
gegenüber Klasing  
Alpina-Uhren — Trauringe

**Koidek & Co.**  
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte  
Breslau, Tarnowitzerstr. 19. Tel. 2033

**Muskalien**  
**Pianos**  
**Schallplatten**

Oberschlesisches Musikhaus G.m.b.H.  
Beuthen O./S., nur Bahnhofstraße 18

**Liegnitzer Beerdigungs-Institut**  
**Inhaber: Paul John**  
Jauerstr. 20 u. Steinweg 15  
Fernsprecher: 2125, 2126 u. 3921

Eigener Überführungswagen  
bei billigster Berechnung!  
Tag und Nacht sowie Sonntags erreichbar

**Fritz Bunke**  
Privat-  
Mittagstisch  
von 1/2 12-17 Uhr  
BRESLAU  
Kais. Wilhelmstr. 8

Konditorei u. Café „Monopol“  
Reichenbach, Eulengeb. Telefon 2415  
Ish. Walter Martin  
Das vornehme Familienlokal  
Erväslantes Gebäck — gepflegte Getränke

**Konzerthaus - Gaststätte**  
Hermann Bernard  
Beuthen O./S. Tel. 2247  
Verkehrslokal d. B.D.O.

**Hauptfache:**  
**Die Vorbereitung!**

Sollen alle Wünsche zum  
Weihnachtsfest zur Zufrie-  
denheit erfüllt werden,  
dann empfiehlt es sich,  
rechtzeitig zur Defako zu  
gehen. Alle Anschaffun-  
gen werden erleichtert  
durch den Defako-Zah-  
lungsplan: 5 Monatsraten.



**Defako**

Deutsches Familien-Kaufhaus G.m.b.H.

Breslau, Reuschestr. 7  
Gleiwitz O./S., Wilhelmstr. 19

Anzeigen  
im „Ostland“  
haben Erfolg!

**M. Bartsch**  
**Sagan (Schles.)**  
Langstraße 12  
führt  
Erd- u. Feuerbestattungen  
sorgfältigst aus

Josef Pluschke, Haynau/Schl.  
**Bau- u. Möbelschlerei**  
sowie Sargmagazin

Keiner darf hungern und frieren - Spendet für das Winterhilfswerk

**HERZ & EHRlich**

**RING 25**



Haus- und  
Küchengeräte  
Porzellan  
Oefen, Herde

Geschenkartikel

**Fritz Heinrich**

*der Goldschmiedemeister u. wirkliche  
Fachmann für Schmuck u. Silbergerät*

**Breslau, Schweidnitzer Str. 51**

**J. Max & Comp.**

Buchhandlung und Leihbibliothek  
**Breslau 5, Neue Schweidnitzer Str. 2**

**Geschw. Hoeniger Breslau 13**  
Kaiser Wilhelm-Str. 10. Ruf 38211  
Bürobedarf für Industrie und Behörden

*Wenn Wäsche: dann ...*

**Fuchs-Herel**  
BRESLAU-AM RATHAUS 27

**Barasch**  
*Das Kaufhaus für Alle*

Jetzt in  
arischem  
Besitz

**Weihnachtsgeschenke**

**Über die sich jeder freut**

*die alle Erwartungen erfüllen, finden Sie in großer Auswahl bei uns. Wir bringen wirklich praktische, nützliche, hübsche und doch billige Gaben, sodaß jeder seine Lieben bedenken kann. / Kommen Sie bald zu uns!!*

**Leinenhaus Gotthard Völkel, Breslau**  
Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 56 (2. Haus v. Ring)

Wäsche u. Leinenhaus  
**Faulhaber**

*in großer Auswahl  
und bekannter Güte!*

**BRESLAU**  
Schweidnitzstr. 13-15. Tel. 54434

**Victor Zimmer**  
Breslau, Albrechtstraße 52  
**Buchhandlung**

Eine kleine Anzeige  
ist besser als keine Anzeige!

**Gustav Knauer**

Möbeltransport  
Spezialerei  
Spedition

**Breslau 6**  
Telefon 28747

**Plakate  
drückt!  
Speer!**

BRESLAU, OFENERSTR. 122  
TEL. 56725

**HUTA**

HOCH- UND TIEFBAU AKTIENGESELLSCHAFT

**BRESLAU**